

Volksmacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausschnitt“, „Sozialistische Literatur-Ausschnitt“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Glatzstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Rathhausstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Einzelhefte im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Abrechnung mit dem Stahlhelm-Terror beim Volksbegehren

Das Zentrum weist Hugenberg Schmutz und Schand nach Das Volksbegehren eine Blamage - Viele Beweise für den äbelsten Terror des Stahlhelm

Berlin, 4. Mai.

Der Preussische Landtag nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Staatsministeriums.

Ministerpräsident Dr. Braun:

Ich will zunächst eine Reihe großer Anfragen beantworten: Die Unhaltbarkeit der Kalkulation bei Leopoldsdorf sind von Preußen lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse rationaler Zusammenfassung der Betriebe erworben worden. Ein Strafverfahren gegen anhaltinische Landtagsabgeordnete ist aus diesem Anlaß nicht eingeleitet worden. Eine Vergütung von Staatsbürgern mit den Interessen der staatseigenen Betriebe liegt nicht vor.

Die Notlage der Stadt Steinitz ist seit langem Gegenstand besonderer Fürsorge der preussischen Regierung, auch im Rahmen des Hilfsprogramms. Gegen die in der Anfrage der Deutschen Volkspartei erwähnten politischen Ausschreitungen und gegen die unwahren Behauptungen der polnischen Presse, daß Angehörige der polnischen Minderheit in Preußen schlechter gestellt würden als andere Staatsbürger, ist in geeigneter und wirksamer Weise vorgegangen worden. Die Genehmigung zur Ausreise wird Beamten nur verweigert, wenn durch die Ausreise Reich oder Staat Nachteile hätten. Wird aber die Ausreisegenehmigung verweigert, dann können die Gründe dafür in einzelnen nicht angegeben werden, weil dadurch der Zweck der Ausreiseverweigerung illusorisch würde.

Die große Anfrage der Bauern- und Landvolk-Partei über die Verzögerung des Hilfsgesetzes ist dahin zu beantworten:

Die preussische Regierung hat die Diktate niemals verzögert. Soweit sie verzögert worden ist, trifft die Schuld ausschließlich die Rechtsparteien. Die Beschuldigungen der deutschen nationalen Anfrage gegen den Staatssekretär Weichmann sind bereits am 22. Oktober 1925 reflos widerlegt worden. Sie haben im Jahre 1927 den Gegenstand zweier staatsanwaltlicher Ermittlungsverfahren gebildet, die keinerlei Verdacht einer strafbaren Handlung des Staatssekretärs ergeben haben. Seitdem ist nicht das geringste neue Moment vorgebracht worden; es sind lediglich die alten Beschuldigungen wiederholt worden. Der Richter Richter von dem diese Angriffe ausgehen, ist von der Handelskammer Berlin seiner Funktion als Sachverständiger enthoben worden, weil sein Treiben gemeinlich ist und ihm jede Objektivität mangelt. Sollte er in seinen Angriffen fortfahren, dann wird er wegen Verleumdung gerichtlich belangt werden. (Bravo! links und in der Mitte.)

Abg. Bertram-Düsseldorf (Soz.):

Die politischen Kämpfe der letzten Zeit standen unter dem Zeichen:

Kampf um Preußen.

Die Sehnsucht der Rechtskreise nach der gezeigten und vollstehenden Gewalt in Preußen ist so übermächtig geworden, daß sie bei ihnen alle anderen politischen Ziele zurückdrängt. Die Rechtsparteien können nicht vergessen, daß das alte Preußen die Zwangsbahn war, von der aus die Konföderation des Reichs herbeigeführt haben. Daher jetzt ihre Volksbegehrens-Parolen: Erneuerung Preußen gegen Marxisten und Zentrum - Wir wollen das alte Preußen. Das Volksbegehren hat von vornherein schon bei der Finanzierung seinen Urhebern Schwierigkeiten bereitet.

Die Behauptung von Stahlhelmführern, daß Sozialdemokratie und Reichsbanner Unruhen vorbereiteten, war bewahrt wahrheitswidrig aufgestellt.

Die Geldgeber zahlungswilliger zu machen. Schließlich hat man die nötigen Mittel zusammenbekommen, indem man den Landgemeinden holländischen Vereinen 25 Prozent Provision zugesagt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dann ist man in das Volksbegehren hineingegangen unter dem Schlagwort der „Berliner Börsezeitung“. Das Reich kann nur auf dem Wege über Preußen erobert werden.

Zur Durchführung des Volksbegehrens hat man einen schamlosen Terror entwidelt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir haben Berge von Material über Arbeiterentlassungen auf dem Lande, teilweise sogar in der Industrie wegen Nichteingehaltung, Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher haben mit Zwang und Schimpf durchgesetzt, daß in Ortschaften, in denen wir bei der letzten Wahl nicht wenige Stimmen hatten, hundert Prozent der Wähler sich einschreiben mußten. Unterstützungsempfänger sind mit dem Verlust ihrer geringen Gelder, Arbeiterwitwen mit der Beseitigung der Jagdgrenze bedroht worden, um sie für das Volksbegehren geängstigt zu machen. Ein deutschnationaler Platz, das „Greifenberger Kreisblatt“, hat über die Propaganda des Stahlhelms unter dem Motto berichtet: „Das Weltkommando arbeitet.“ Und trotz aller dieser terroristischen Maßnahmen hat man nicht einmal 50 Prozent des Volksbegehrens betreibenden Parteien zur Eingetragenen heranzubringen können. Jetzt trölet sich Herr Hugenberg mit

der Hoffnung, der Landtag werde sich selber auflösen. Und die rechtsstehende Rheinisch-Westfälische Zeitung spricht den Kommunisten das Vertrauen aus, daß sie schließlich doch für das Volksbegehren eintreten werden. (Heiterkeit bei den Soz.)

Ziel des Kampfes ist die Wiederaufrichtung der konservativen Herrschaft in Preußen, die Alleinherrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital, das Dreiklassenwahlrecht, die Heeresordnung, das Herrenhaus. Die Junker wollen wieder an die Futtertrippe des Staates.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verstehen es durchaus, wenn die Rechtsparteien uns Sozialdemokraten Futtertrippenspolitik vorwerfen; denn sie haben den Staat nie anders begriffen wie als Futtertrippe. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Bei ihren Abzügen und Korpsstudenten kam es nie auf Befähigung und Leistung an; sie hatten den Staat als Erbgut. Wenn sie irgendwo ein ehemaliger Arbeiter als Landrat sieht, dann vollbringt er eine Arbeitsleistung und sorgt für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der arbeitenden Bevölkerung in einem Maße, an das die früheren königlichen Landräte nie gedacht hätten. Erfinden Sie sich, ehe Sie (nach rechts) ihre Hecke etwa gegen den Landrat Hansmann fortsetzen, einmal im Kreise Härde, wieviel abgebauten Kumpels er wieder eine Existenz aufgebaut, wie er für die Arbeiterfinder gejogt hat.

Wenn Sie bei den sozialdemokratischen Beamten von Futtertrippenspolitik sprechen, so ist das Heuschreck und bewachte Lüge.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Trotz aller Anstrengungen wird es Ihnen nicht gelingen, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Sie werden höchstens wie Goethes Jauderlehrling in den Nationalsozialisten Geister rufen, die Sie nachher nicht bannen können. Wir lehnen jede Katastrophenspolitik ab, weil in Deutschland mit seinen 75 Prozent

industrieller Bevölkerung jede politische Katastrophe den Hungertod von Millionen werktätiger Volksgenossen bedeuten würde. Wir erkennen in der Demokratie den geeigneten Weg, um der Arbeiterklasse auch wirtschaftlich zu ihrem Recht zu verhelfen. Und wenn die Kommunisten etwas Verantwortungsfähigkeit, wenn nicht gegenüber den deutschen Arbeitern, so doch gegenüber Sowjetrußland hätten, so würden sie erkennen müssen, daß solange die deutsche Demokratie lebt, jede militärische Intervention gegen Sowjetrußland ausgeschlossen ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir unterstützen das heutige System und das Ministerium Braun im Interesse des friedlichen Aufstiegs der werktätigen Deutschen zu einer höheren Wirtschafts- und Gesellschaftsform, zu einer höheren Kulturstufe der Menschheit - im Interesse des Proletariats und aller arbeitenden Menschen - im Geiste der sozialistischen Weltanschauung. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Delze (Dnat.): Gegen Hugenbergs Parole „Preußen wieder preussisch“ hat Herr Braun eingewendet, er sei doch ein alter Dittsche. Offenbar hat er Hugenbergs Gedankenflug gar nicht verstanden. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Wir werden weiter kämpfen für das alte Preußen der Pflichten- und Freiheitsliebe. (Bravo! rechts.)

Abg. Stendel (Dp.) fordert die Einrichtung Kürtens, das Verbot der Veranstaltungen des Vereins für Radkultur und rüchichtslosen Kampf gegen unflätige Literatur und manne Babebekleidung. Die Volkspartei werde das Kabinett Braun wegen seiner Personalpolitik weiter aufs schärfste bekämpfen.

Abg. Bronhardt (Wirtschaftl.): Preußens ganze Not entspringt aus der Uebermacht der Gewerkschaften.

Abg. Bollmers (Landvolk): Wir sind die alternativste Partei. (Heiterkeit.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie am rüchichtslosigsten und sind ohne jede Einschränkung für den nationalen Wehrwillen.

Abg. Schwedt (Dnat.): Zwischen Freidenkertum und Gottlosigkeit sei kein Unterschied. Sei das Zentrum unabhängig gewesen bei der Erneuerung des Reichs, beim Völkervertrag und bei den verschiedenen Währungsnoten gegen Braun und Seering-Brennert wegen des Remarque-Filmes? Glaube es mir, mit der rüchichtslosigsten Sozialdemokratie das Christentum verteidigen zu können? Wann endlich werde es sich aus der einseitigen Zwangsbindung an den Marxismus lösen? (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heß (Ztr.):

Einige Gegenfragen:
Waren die Deutschnationalen frei, als sie zu 50 Prozent für den Dawesplan stimmten? Als sie das Republikstimmgesetz mit dem § 23 (Verbannung des früheren Kaisers) annahmen?

Als sie gegen das katholische Konkordat stimmten? (Große Heiterkeit.) Haben sie abhängig oder völlig unabhängig den Reichstag verlassen? (Zuruf rechts: völlig unabhängig!) Sie haben also die größte politische Dummheit

Die Brotpreiserhöhung in Berlin ist da

Die Reichsregierung bis jetzt untätig - Der Städtetag protestiert

Berlin, 4. Mai. (Fig. Ber.)

Die Berliner Bäckermeister haben den Brotpreis abermals um 2 Pfennige erhöht. Insgesamt ist in Berlin seit der Brotpreiserhöhung im November 1930 eine Brotpreiserhöhung um 4 Pfennige auf 50 Pfennige für das 2½pfündige Brot vorgenommen worden. Damit verwirklichen sich unsere Befürchtungen, die wir im Laufe der Getreide- und Mehlpreiserhöhung immer wieder geäußert haben.

Die Berliner Bäcker versuchen, die Brotpreiserhöhung um 4 Pfennige mit der Mehlpreiserhöhung zu begründen. Wie liegen die Dinge hier? Der Mehlpreis ist vom November 1930, als die Brotpreiserhöhung in Kraft trat, von 25,5 Mark pro 100 Kilogramm auf 28,25 Mark im Mai 1931 gestiegen. Ein Mehlpreis von 25,5 Mark entspricht einem Brotpreis von 36 Pf. pro Kilogramm und einem Brotpreis (für das 2½pfündige Brot in Berlin) von 45 Pfennigen. Ein Mehlpreis von 28,25 Mark bedingt einen Brotpreis von 37,75 Pfennigen pro Kilogramm Brot und einem Brotpreis, immer für das 2½pfündige Brot in Berlin, von 47,25 Pfennigen. Die Berliner Bäcker erhöhen den Brotpreis aber auf 50 Pfennige. Damit wird die Bruttoverdienstsparnis pro Kilogramm von etwa 14,5 Pf. bis 15 Pf. auf 17,5 Pf. erhöht. Die Bäcker gehen also mit ihrer Preissteigerung über die Mehlpreiserhöhung hinaus. Ihr Bestreben geht dahin, wieder die Verdienstsparnis vor dem November 1930, also die Verdienstsparnis der Hochkonjunkturzeit zu erhalten. Andererseits drängen die Bäcker in Berlin auf eine Lohnkürzung. Man kann also feststellen, daß die in Berlin erfolgte Brotpreiserhöhung unbegründet und unnützig ist.

Selbstverständlich kann man die in den letzten Wochen erfolgte Verteuerung des Brotes nicht allein durch eine Senkung der Bäckerspanne rückgängig machen. Die Regierung kann nicht bestreiten, daß der Mehlpreis zu hoch ist und daß er gesenkt werden muß. Die Regierung muß sich endlich zu einer Senkung des Mehlpreises entschließen, wenn sie das Gesetz nicht brechen will. Eine Senkung des Mehlpreises kann aber nur erfolgen, wenn man den Preis für das Getreide herabsetzt, also mehr Weizen und Roggen auf den Markt bringt, so daß die Preise nachgeben müssen. Die Regierung hat jedoch bis jetzt mit völlig unzulänglichen Mitteln versucht, ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie hat den Weizen nicht gesenkt und, daß sie hier ganz klar gesagt werden muß, denkt nachlässig auch nicht daran, überhaupt in bürgerlichen Blättern die Werbung wiederzugeben, daß der Weizen auf 10 Mark für ein Kontingent von 500.000 Tonnen herabgesetzt werden soll. Infolgedessen sind an der Stelle die Weizenpreise auch nicht zurückgegangen, auch nicht als der völlig unwirtschaftliche Plan einer indirekten Kon-

tingentierung mit Zollrückerstattung auftauchte. Hinsichtlich der Roggenpreise hat das Kabinett lediglich mit den Bäckern verhandelt, was aber nur zur Folge hatte, daß die Bäcker der Regierung jetzt auf der Nase herumtanzen und den Brotpreis erhöhen, um sich nachher wieder etwas von der Brotpreiserhöhung abhandeln lassen zu können. Womit sie auf ihre Kosten kommen.

Tatsächlich ist bisher nichts gegen die Brotpreiserhöhung erfolgt. Es ist inzwischen zwar viel von der Abgabe der 150.000 Tonnen Regierungsroggen geredet worden; aber bis jetzt wurde noch kein Zentner aus diesen Lagern an die Mühlen verkauft. Die Regierung hat auch hier ihre Pflicht veräußert; denn das Gesetz schreibt ihr vor, daß sie einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen hat.

Der Deutsche Städtetag teilt mit: „Der Deutsche Städtetag hat angeht die für die Volksgemeinschaft geradezu verhängnisvollen Absicht einer weiteren Brotpreiserhöhung in Berlin erneut dringlichste Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben. Er hat mit allem Nachdruck die Erwartung ausgesprochen, daß im Interesse der notleidenden Bevölkerungskreise in den Städten unter allen Umständen eine weitere Brotpreiserhöhung verhindert wird und nunmehr mit größter Beschleunigung alle Maßnahmen ergriffen werden, um die letzte Erhöhung rückgängig zu machen.“

Der Stahlhelm erneut der Lüge überführt

Durch seinen eigenen Beauftragten

Der Stahlhelm hat die Öffentlichkeit dieser Tage grobspurig wissen lassen, daß die Unkosten für das Volksbegehren bereits gedeckt und die Gelder für die folgenden Aktionen bereits bereitliegen. Daß diese Feststellung mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, zeigt eine öffentliche Erklärung des örtlichen Beauftragten für das Volksbegehren in Straßburg, eines Konteradmirals a. D. Sachse, in der es wörtlich heißt: „Die Ausgaben für das Volksbegehren sind bisher nicht gedeckt!“

Die Erklärung des Konteradmirals a. D. Sachse, dem, wie er sich selbst nennt, örtlichen Beauftragten für das Volksbegehren, ist nach der großartigen Bekämpfung des Bundesleiters des Stahlhelms erschienen. Die Herren haben es also wieder einmal mit der Wahrheit nicht sehr ernst genommen.

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau, Nr. 5652

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expeditio: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichs-Str. 105, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Einzelheft 1 Pf., monatlich 7 Pf., vierteljährlich 24 Pf., halbjährlich 48 Pf., jährlich 96 Pf. (Trägerlohn 2.10 Pf.). Durch die Post einzgl. Zustellungsgebühren 2.40 Pf.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs-, Bespottungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio: Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Abrechnung mit dem Stahlhelm-Terror beim Volksbegehren

Das Zentrum weist Hugenberg Schmutz und Schund nach Das Volksbegehren eine Blamage - Viele Beweise für den übelsten Terror des Stahlhelm

Berlin, 4. Mai.

Der Preussische Landtag nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Staatsministeriums.

Ministerpräsident Dr. Braun:

Ich will zunächst eine Reihe großer Anfragen beantworten: Die Unhaltbarkeit Kaligruben bei Leopoldsdorf sind von Preußen lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse rationaler Zusammenfassung der Betriebe erworben worden. Ein Strafverfahren gegen anhaltinische Landtagsabgeordnete ist aus diesem Anlaß nicht eingeleitet worden. Eine Verquickung von Staatshoheitsrechten mit den Interessen der staatseigenen Betriebe liegt nicht vor.

Die Notlage der Stadt Steinitz ist seit langem Gegenstand besonderer Fürsorge der preussischen Ressorts, auch im Rahmen des Dählfes-Programms. Gegen die in der Anfrage der Deutschen Volkspartei erwähnten polnischen Ausschreitungen und gegen die unwahren Behauptungen der polnischen Presse, daß Angehörige der polnischen Minderheit in Preußen schlechter gestellt würden als andere Staatsbürger, ist in geeigneter und wirksamer Weise vorgegangen worden. Die Genehmigung zur Auslage wird Beamten nur verweigert, wenn durch die Auslage Reich oder Staat Nachteile hätten. Wird aber die Auslageneignung verweigert, dann können die Gründe dafür im einzelnen nicht angegeben werden, weil dadurch der Zweck der Auslagerverweigerung illusorisch würde.

Die Große Anfrage der Bauern- und Landvolk-Partei über die Verzögerung des Dählfesgesetzes ist dahin zu beantworten:

Die preussische Regierung hat die Dählfes niemals verzögert. Soweit sie verzögert worden ist, trifft die Schuld ausschließlich die Rechtsparteien. Die Beschuldigungen der deutschnationalen Anfrage gegen den Staatssekretär Weichmann sind bereits am 22. Oktober 1925 widerlegt worden. Sie haben im Jahre 1927 den Gegenstand zweier staatsanwaltlicher Ermittlungsverfahren gebildet, die keinerlei Verdacht einer strafbaren Handlung des Staatssekretärs ergeben haben. Seitdem ist nicht das geringste neue Moment vorgebracht worden; es sind lediglich die alten Beschuldigungen wiederholt worden. Der Bücherrevisor Bachmann, von dem diese Angelegenheit ausgeht, ist von der Handelskammer Berlin seiner Funktion als Sachverständiger enthoben worden, weil sein Treiben gemeinlich ist und ihm jede Objektivität mangelt. Sollte er in seinen Angriffen fortfahren, dann wird er wegen Verleumdung gerichtlich belangt werden. (Bravo! links und in der Mitte.)

Abg. Verten-Düffelberg (Soz.):

Die politischen Kämpfe der letzten Zeit standen unter dem Zeichen:

Kampf um Preußen.

Die Sehnsucht der Rechtsstreife nach der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt in Preußen ist so übermächtig geworden, daß sie bei ihnen alle anderen politischen Ziele zurückdrängt. Die Rechtsparteien können nicht verstehen, daß das alte Preußen die Führung war, von der aus die Konzentration des Reichs herbeiführt haben. Daher jetzt ihre Volksbegehrens-Parolen: Erneuerung Preußen gegen Nazis und Zentrum - Wir wollen das alte Preußen. Das Volksbegehren hat von vornherein schon bei der Finanzierung seinen Urhebern Schwierigkeiten bereitet.

Die Behauptung von Stahlhelmsführern, daß Sozialdemokratie und Reichsbanner Unruhen vorbereiteten, war bewahrt wahrheitswidrig aufgestellt.

um die Geldgeber zahlungswilliger zu machen. Schließlich hat man die nötigen Mittel zusammenbekommen, indem man den Landgemeinden vaterländischen Vereinen 25 Prozent Provision zugesagt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dann ist man in das Volksbegehren hineingegangen unter dem Schutze der Berliner Börsezeitung: „Das Reich kann nur auf dem Wege über Preußen erobert werden.“

Zur Durchführung des Volksbegehrens hat man einen schamlosen Terror entwidelt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir haben Berge von Material über Arbeiterkollagen, auf dem Lande teilweise sogar in der Industrie wegen Nichteingehaltung, Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher haben mit Zwang und Schamns durchgesetzt, daß in Ostpreußen, in denen wir bei der letzten Wahl nicht wenige Stimmen hatten, hundert Prozent der Wähler sich einschreiben mußten. Unterstützungsempfänger sind mit dem Verlust ihrer geringen Gelder, Kriegerveteranen mit der Entziehung der Zugkrante bedroht worden, um sie für das Volksbegehren geung zu machen. Ein deutschnationales Blatt, das „Greifenberger Kreisblatt“, hat über die Propaganda des Stahlhelms unter dem Motto: „Das Reichkommando arbeitet.“ Und trotz aller dieser terroristischen Maßnahmen hat man nicht einmal 50 Prozent der das Volksbegehren betreibenden Parteien zur Eingetragung bekommen. Jetzt trotzt sich Herr Hugenberg mit

der Hoffnung, der Landtag werde sich selber auflösen. Und die rechtsstehende Rheinisch-Westfälische Zeitung“ spricht den Kommunisten das Vertrauen aus, daß sie schließlich doch für das Volksbegehren eintreten werden. (Heiterkeit bei den Soz.)

Ziel des Kampfes ist die Wiederaufrichtung der konservativen Herrschaft in Preußen, die Alleinherrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital, das Dreiklassenwahlrecht, die Grundordnung, das Herrenhaus. Die Junker wollen wieder an die Futtertrippe des Staates.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verstehen es durchaus, wenn die Rechtsparteien uns Sozialdemokraten Futtertrippenspolitik vorwerfen; denn sie haben den Staat nie anders begriffen wie als Futtertrippe. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Bei ihren Abfellen und Korpsstudenten kam es nie auf Befähigung und Leistung an; sie hatten den Staat als Erbgut. Wenn jetzt irgendwas ein ehemaliger Arbeiter als Landrat irgendwas ein ehemaliger Arbeiter als Landrat und sorgt für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der arbeitenden Bevölkerung in einem Maße, an das die früheren königlichen Landräte nie gedacht hätten. Erkundigen Sie sich, ehe Sie (nach rechts) ihre Hehe etwa gegen den Landrat Hansmann fortsetzen, einmal im Kreise Herde, wieviel abgehauten Kumpels er wieder eine Existenz aufgebaut, wie er für die Arbeiterkinder gesorgt hat.

Wenn Sie bei den sozialdemokratischen Beamten von Futtertrippenspolitik sprechen, so ist das Heuschreck und bewährte Lüge.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Trotz aller Anstrengungen wird es Ihnen nicht gelingen, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Sie werden höchstens wie Goethes Zauberlehrling in den Nationalsozialisten Geister rufen, die Sie nachher nicht bannen können. Wir lehnen jede Katastrophenspolitik ab, weil in Deutschland mit seinen 75 Prozent

industrieller Bevölkerung jede politische Katastrophe den Hungertod von Millionen werttätiger Volksgenossen bedeuten würde. Wir erkennen in der Demokratie den geeigneten Weg, um der Arbeiterklasse auch wirtschaftlich zu ihrem Recht zu verhelfen. Und wenn die Kommunisten etwas Verantwortungsgedächtnis, wenn nicht gegenüber den deutschen Arbeitern, so doch gegenüber Sowjetrußland hätten, so würden sie erkennen müssen, daß solange die deutsche Demokratie lebt, jede militärische Intervention gegen Sowjetrußland ausgeschlossen ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir unterstützen das heutige System und das Ministerium Braun im Interesse des friedlichen Aufstiegs der werttätigen Deutschen zu einer höheren Wirtschafts- und Gesellschaftsform, zu einer höheren Kulturstufe der Menschheit - im Interesse des Proletariats und aller arbeitenden Menschen - im Geiste der sozialistischen Weltanschauung. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Delze (Dnat.): Gegen Hugenbergs Parole „Preußen wieder preussisch“ hat Herr Braun eingewendet, er sei doch ein alter Ostpreuze. Offenbar hat er Hugenbergs Gedankensflug gar nicht verstanden. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Wir werden weiter kämpfen für das alte Preußen der Pflichterfüllung und Freiheitsliebe. (Bravo! rechts.)

Abg. Stendel (DVP.) fordert die Einrichtung Kürzens, das Verbot der Veranstaltungen des Vereins für Radkultur und rücksichtslosen Kampf gegen unsittliche Literatur und mangelhafte Badebelleitung. Die Volkspartei werde das Kabinett L. an wegen seiner Veronalpolitik weiter aufs schärfste bekämpfen.

Abg. Leonhardt (Wirtschaftsp.): Preußens ganze Not entspringt aus der Uebermacht der Gewerkschaften.

Abg. Bollmers (Landvolk): Wir sind die alternationalste Partei. (Heiterkeit.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie am rücksichtslosigsten und sind ohne jede Einschränkung für den nationalen Mehrwillen.

Abg. Schwedt (Dnat.): Zwischen Freidenkertum und Gottlosigkeit sei kein Unterschied. Sei das Zentrum unabhängig gemein bei der Erneuerung Grimmes, beim Völkervertrag und bei den verschiedenen Mißtrauensvoten gegen Braun und Seering? Wegen des Remarque-Filmes? Glaube es wirklich, mit der selbstgefälligen Sozialdemokratie das Christentum verteidigen zu können? Wann endlich werde es sich aus der einseitigen Zwangsbindung an den Marxismus lösen? (Beifall rechts.)

Abg. Fr. Heß (Ztr.):

Einige Gegenfragen:
Waren die Deutschnationalen frei, als sie zu 50 Prozent für den Dawesplan stimmten? Als sie das Republikbeschutzgesetz mit dem § 23 (Verbannung des früheren Kaisers) annahmen?

Als sie gegen das katholische Konkordat stimmten? (Große Heiterkeit.) Haben sie abhängig über völlig unabhängig den Reichstag verlassen? (Zuruf rechts: völlig unabhängig!) Sie haben also die größte politische Dummheit

Die Brotpreiserhöhung in Berlin ist da

Die Reichsregierung bis jetzt untätig - Der Städtetag protestiert

Berlin, 4. Mai. (Eig. Ber.)

Die Berliner Bäckermeister haben den Brotpreis abermals um 2 Pfennige erhöht. Insgesamt ist in Berlin seit der Brotpreiserhöhung im November 1930 eine Brotpreiserhöhung um 4 Pfennige auf 50 Pfennige für das 2 1/2 Pfundige Brot vorgenommen worden. Damit verwickeln sich unsere Befürchtungen, die wir im Laufe der Getreide- und Mehlpriesterhöhung immer wieder geäußert haben.

Die Berliner Bäcker versuchen die Brotpreiserhöhung um 4 Pfennige mit der Mehlpriesterhöhung zu begründen. Wie liegen die Dinge hier? Der Mehlpreis ist vom November 1930, als die Brotpreisverbilligung in Kraft trat, von 25,5 Mark pro 100 Kilogramm auf 28,25 Mark im Mai 1931 gestiegen. Ein Mehlpreis von 25,5 Mark entspricht einem Brotpreis von 36 Pf. pro Kilogramm und einem Brotpreis (für das 2 1/2 Pfundige Brot in Berlin) von 45 Pfennigen. Ein Mehlpreis von 28,25 Mark bedingt einen Brotpreis von 37,75 Pfennigen pro Kilogramm Brot und einem Brotpreis, immer für das 2 1/2 Pfundige Brot in Berlin, von 47,25 Pfennigen. Die Berliner Bäcker erhöhen den Brotpreis aber auf 50 Pfennige. Damit wird die Bruttoverdienstspanne pro Kilogramm von etwa 14,5 Pf. bis 15 Pf. auf 17,5 Pf. erhöht. Die Bäcker gehen also mit ihrer Preissteigerung über die Mehlpriesterhöhung hinaus. Ihr Bestreben geht dahin, wieder die Verdienstspanne vor dem November 1930, als die Verdienstspanne der Hochkonjunkturzeit zu erhalten. Andererseits drängen die Bäcker in Berlin auf eine Wohnkurzung. Man kann also feststellen, daß die in Berlin erfolgte Brotpreiserhöhung unbegründet und unnötig ist.

Selbstverständlich kann man die in den letzten Wochen erfolgte Verteuerung des Brotes nicht allein durch eine Senkung der Bäckerpanne rückgängig machen. Die Regierung kann nicht bestreiten, daß der Mehlpreis zu hoch ist und daß er gesenkt werden muß. Die Regierung muß sich endlich zu einer Senkung des Mehlpreises entschließen, wenn sie das Gesetz nicht brechen will. Eine Senkung des Mehlpreises kann aber nur erfolgen, wenn man den Preis für das Getreide herabsetzt, also mehr Weizen und Roggen auf den Markt bringt, so daß die Preise nachgeben müssen. Die Regierung hat jedoch bis jetzt mit völlig unzulänglichen Mitteln versucht, ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie hat den Weizen Zoll nicht gesenkt und daß muß hier ganz klar gesagt werden: Sie denkt vorläufig auch nicht daran, obwohl andauernd in bürgerlichen Blättern die Mahnung wiedergegeben wird, daß der Weizen Zoll von 25 auf 16 Mark für ein Kontingent von 500 000 Tonnen herabgesetzt werden soll. Infolgedessen sind an der Börse die Weizenpreise auch nicht zurückgegangen, auch nicht als der völlig unwirtschaftliche Plan einer indirekten Kon-

tingentierung mit Zollrückerstattung auftauchte. Hinsichtlich der Roggenpreise hat das Kabinett lediglich mit den Bäckern verhandelt, was aber nur zur Folge hatte, daß die Bäcker der Regierung jetzt auf der Nase herumtanzen und den Brotpreis erhöhen, um sich nachher wieder etwas von der Brotpreiserhöhung abhandeln lassen zu können. Kommt sie auf ihre Kosten kommen. Tatsächlich ist bisher nichts gegen die Brotpreiserhöhung erfolgt. Es ist inzwischen zwar viel von der Abgabe der 150 000 Tonnen Regierungstrogen geredet worden, aber bis jetzt wurde noch kein Zentner aus diesen Lagern an die Mühlen verkauft. Die Regierung hat auch hier ihre Pflicht versäumt; denn das Gesetz schreibt ihr vor, daß sie einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen hat.

Der Deutsche Städtetag teilt mit: „Der Deutsche Städtetag hat angefaßt der für die Volksgemeinschaft geradezu verhängnisvollen Absicht einer weiteren Brotpreiserhöhung in Berlin erneut dringlichste Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben. Er hat mit allem Nachdruck die Erwartung ausgesprochen, daß im Interesse der notleidenden Bevölkerungstriebe in den Städten unter allen Umständen eine weitere Brotpreiserhöhung verhindert wird und nunmehr mit größter Beschleunigung alle Maßnahmen ergriffen werden, um die letzte Erhöhung rückgängig zu machen.“

Der Stahlhelm erneut der Lüge überführt

Durch seinen eigenen Beauftragten

Der Stahlhelm hat die Öffentlichkeit dieser Tage großspurig wissen lassen, daß die Unkosten für das Volksbegehren bereits gedeckt und die Gelder für die folgenden Aktionen bereits bereitliegen. Daß diese Feststellung mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, zeigt eine öffentliche Erklärung des örtlichen Beauftragten für das Volksbegehren in Straßburg, eines Konteradmirals a. D. Gasse, in der es wörtlich heißt: „Die Ausgaben für das Volksbegehren sind bisher nicht gedeckt!“

Die Erklärung des Konteradmirals a. D. als dem, wie er sich selbst nennt, örtlichen Beauftragten für das Volksbegehren ist nach der großzügigen Festsetzung der Bundesleitung des Stahlhelms erschienen. Die Herren haben es also wieder einmal mit der Wahrheit nicht sehr ernst genommen.

...willing freimütig gemacht. (Große Heiterkeit im Zentrum und links; Juraus rechts: Lassen Sie das unsere Sorge sein!) Natürlich kleiner Schalter, überlasse ich Sie ganz Ihrer eigenen Dummheit. (Schallende Heiterkeit.) Uns ist es wirklich nicht so sehr peinlich, daß Sie sich in eine Sackgasse verannt haben und nicht zurückfinden. (Juraus: Die Deutschnationalen sind arg geschwächt! - Heiterkeit.)

Das Volksbegehren hat einen dramatischen Ausgang gehabt. Es war angekündigt als Aufbruch der Nation und letzte Entscheidungsschlacht. Die haben Sie verloren. Die von Herrn Selbte am 15. März angekündigte unerlöbliche Vernichtung des Gegners ist zur Selbstvernichtung geworden. Ihre offizielle Ankündigung: Nach dem Volksbegehren gibt es kein Zentrum mehr, zeigt nur, daß sie unfähig sind, die Stärke der Zentrumspartei zu begreifen. (Stürmischer Beifall im Zentrum.) Im „Stahlhelm“ hat Baron von Landsberg Ihnen versprochen, Sie würden durch Ueberläufer aus dem Zentrum schon beim Volksbegehren 12 1/2 Millionen Stimmen bekommen. (Heiterkeit.) In Wahrheit ist

das Volksbegehren eine rein evangelische Angelegenheit geblieben. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Gewiß, die Deutschnationalen haben immer eine katholische Abteilung. Aber das sind immer dieselben katholischen Barone, die schon

1907 gegen das Zentrum vom Breitenbacher Hof das Manifest für Bismarck in die Welt geschickt haben. Es hat immer katholische Charakteristika gegeben, denen das Zentrum nicht vornehm genug war - keine politische, eine rein gesellschaftliche Angelegenheit. Wir haben uns daran gewöhnt, daß Sie uns das Nationalgefühl abspreschen. Schiele, Westarp und Schlange - Schindlengen sind ja bei Ihnen auch schon nicht mehr national, und seit einer Woche ist es auch der Reichspräsident nicht mehr. Herr Hugenberg, der in zwei Jahren keine Partei von 100 auf 41 Mandate „konsolidiert“ hat (Heiterkeit), schlägt jetzt vor, wir sollten ohne Rücksicht auf den November wählen. So viel Galgenhumor hätte ich dem nächsten Herrn gar nicht zugestimmt. (Schallende Heiterkeit.) Nein, Sie sollen Ihre staatsbürgerlichen Rechte unverfälscht genießen.

Sie müssen Ihren Weg des Volksentscheids bis zum bitteren Ende gehen.

(Lebhafte Zustimmung.) Im Kampf gegen Schmutz und Schand ist uns jeder Bundesgenosse willkommen. Aber ich darf nicht verschweigen, daß ich dem Urteil eines bekannten evangelischen Geistlichen zustimme, daß Herr Hugenberg mit den Rappellieraten des „Sozial-Anzeigers“, mit der „Nachausgabe“ und dem „Scherl-Magazin“ ebenso wie der Ufa nächsten Kulturvolkswissens darstellt. (Stapel im Zentrum.) Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

nationale Gesinnung unbedingter Verlaß ist. Einen Mann, jedes Faktieren mit den schwarz-rot-goldenen Brüdern vorzuziehen, ablehnt. Gottschalk und wir die einzigen, die einen deutschen Hagen verfügen. Wenn es vielleicht auch verfrüht erscheint, schon jetzt mit dem Namen unseres Kandidaten die Öffentlichkeit zu treten, so möchte ich doch nicht verfehlen hier in vertraulichem Kreise darauf hinzuwirken, daß für den künftigen Reichspräsidenten nur Seine Exzellenz General von Dismann in Frage kommt, der nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in Süddeutschland allen Franzosen in bester Erinnerung steht.

In der gleichen Rede äußerte sich Hitler in schabfälligen Worten über die Ueberlieferung von Herrn Hugenberg an das Zentrum in Preußen. In Vorbereitung der Reichstagsfraktion wurde einbar, sich von Fall zu Fall über die Teilnahme Ausschussfraktionen des Reichstages schuldig zu machen. Die Rückkehr in den Reichstag dürfte aber nicht in Aussicht, sondern nur mit der nötigen Energie und Energie erfolgen.

Die Internationale zum SOLLUNIONPLAN

Zürich, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Erweiterte Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale besaßte sich am 3. und 4. Mai im Volkshaus Zürich unter dem Vorsitz von Vandervelde mit dem Entwurf einer deutsch-österreichischen SOLLUNION. Ueber die Beratungen wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Das Büro der SAZ. hat die Lage geprüft, die durch zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossenen Vorverträge über eine SOLLUNION entstanden ist. Es hat festgestellt, daß sozialistischen Parteien der beteiligten Länder darin einig im Interesse des Weltfriedens ihre Bemühungen um eine Lösung des Konfliktes fortzusetzen, die mit den Interessen der Arbeiterklasse und Werten aller beteiligten Länder vereinbar ist. Eine SOLLUNION wird dahin wirken, aus dem Konflikt selbst eine Neuordnung der europäischen Wirtschaftspolitik hervorgehen zu lassen, die zur Herabsetzung der Zolltarife und zur Beseitigung der Hemmnisse des internationalen Warenaustauschs führen kann. Zu diesem Zweck werden die Parteien in ständiger Führung bleiben und das Büro wird in Kürze wieder zusammentreten, um die Beratungen fortzusetzen.

Goebbels nennt die NSDAP. Spießerpartei und vollgefressene Stahlhelmathleten

Was die herausgeworfenen SA-Leute enthüllen

In der neuesten Nummer der Halbwochenzeitschrift des aus der Berliner SA hinauskomplimentierten Hauptmanns a. D. Stennes wird u. a. geschildert, wie der einstige Führer des Herrn Goebbels, der frühere Botenmeister in der Gauegeschäftsstelle der Berliner Nazis, Eduard Weiß, seinen Brotgeber wegen seines plötzlichen Hinwurfs zur Rede stellte. Es heißt da:

„Als Eduard Weiß am 7. April kurz nach der Stennes-Revolution zu gewohnter Stunde seinen Dienst antreten wollte, wurde er unten in der Hedenmannstraße von den SA-Leuten des Sturmes 5 unter wüsten Beschimpfungen zurückgewiesen. Es war der gleiche Sturm, der unter Leitung des Sturmführers Appel die gesamten Filiale und Gasse - auch auf der Redaktion des „Angriff“ - erbrochen hatte und sich zahlreiche Wertgegenstände angeeignet, auf Deutsch also gestohlen hatte.“

Weiß erkundigte sich telephonisch bei dem Stellvertreter Dr. Goebbels, bei Herrn Dr. Weinshausen, nach dem Grund solchen Verhaltens. Er erhielt den Befehl, daß er beurlaubt sei bis zur Klärung des gegen die „Rebellen“ eingeleiteten Verfahrens. Am 10. April verfuhrte Weiß dann, Dr. Goebbels telephonisch zu erreichen, was ihm auch gelang. Der Doktor erklärte sich bereit, Weiß zu empfangen. Und nun ereignete sich das Besondere, zugleich aber auch das diese ganze Bewegung charakterisierende: Ede Weiß, der in hundert Schlägen erprobt, wurde von einer Koforte von 20 SA-Leuten die vier Treppen bis zu dem Büro des Dr. Goebbels eskortiert. Einer der verdienstlichen, mutigsten und unerfahrensten SA-Abletten wurde von SS-Behandlung wie ein Schwärmerbrecher! Das merkt auch, ihr Kameraden von der SA, die ihr heute noch Popanz spielen müßt für die Spiegel in der SA! Im Vorzimmer wurde ihm zum Gedenke, sich auf Waffen darzulegen zu lassen. Weiß, der unter allen Umständen mit Dr. Goebbels sprechen wollte, ließ sich diesen Unfug der mutigen Zwanzig lassen gefallen. Dann endlich ging es in das Zimmer von Dr. Goebbels. Aber auch hier begleiteten 18 Mann der SA den ehemaligen Kameraden. Erst als Weiß energisch die Entfernung dieser Spiegelpolizei forderte, befahl es der Doktor.

Die erste Frage an Weiß von Seiten des Dr. Goebbels war: „Wollen Sie mich niederschlagen?“ Weiß: „Nein, aber ich will von Ihnen Klarheit haben über alles, was geschah und geschieht.“ Goebbels: „Ede, du warst stets der Beste und Treueste.“ Und nun ließ Goebbels wieder seine ganze Verbeugtheit spielen, versicherte ihm, daß er wohl wisse, daß alle die Ausgeschlossenen der Besten wären und daß er blutenden Herzen diese alte Garde habe auszuweichen müssen. Weiß bedeutete dem wieder in Entschiedenheit, daß er einen Kameraden kenne, der seit drei Tagen mit seinen Nerven zusammengebrochen sei. Er schilderte ferner die Seelenqualen der SA-Leute, die ihm in unbedingter Treue und Ehrlichkeit. Glauben nahegekommen hätten. Und nun brüllte Goebbels auf: „Glaubst Du denn, daß ich nicht auch so denke wie Ihr alle? Glaubst Du, daß ich in diese Spießerpartei und in diese vollgefressenen Stahlhelmathleten noch irgend eine Hoffnung setze? Ich bin der alle geblieben, aber ich habe bei Hitler niemals Unterstützung finden können. Wenn alle die Ausgeschlossenen zurückkommen wollen, ich werde ihnen die Wege ebnen. Sie sollen mir nicht untergehen.“ Goebbels hat sich bisher gehütet, die ihm in den Mund gelegten Äußerungen auch nur irgendwie zu bestritten. Angesichts der Ankündigung des Stennes-Organs, daß „auch die anderen“ aus der NSDAP

hinausgeworfenen Rebellen noch sprechen werden, ist es zu verstehen, daß der sonst so vorlaute Goebbels plötzlich schweigt.

Hitlers neuer Reichspräsidentenkandidat

München, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Ueber die letzte Führertagung der Nazis in München berichtet die sozialdemokratische „Münchener Post“ weitere Einzelheiten, darunter einen Abschnitt aus der Rede Hitlers, in der er den Rücktritt Hindenburgs vom Amt des Reichspräsidenten und seine Ersetzung durch eine „tatsächlich nationale Persönlichkeit“ forderte. Dieser Passus der Hitler-Rede hatte folgenden Wortlaut:

„Wir haben gezwungenermaßen schon öfters darauf hingewiesen müssen, daß Herr von Hindenburg nicht den in ihn gesetzten Erwartungen entsprochen hat, und es ist endlich an der Zeit, einen Mann an die Spitze des Staates zu stellen, auf dessen

Die Geldgier der Nazis vor dem Arbeitsgericht

150 Nazis der Sabotage und Lüge überführt

Vor dem Berliner Landesarbeitsgericht standen am Montag 150 Nazis und Hagien gegen Direktor Prolat von der Berliner Verkehrsgesellschaft, sowie gegen die sozialdemokratischen Betriebsräte Stieger und Kroll auf Zahlung von 300 000 Mark, weil angeblich ihre Entlassung nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen erfolgt wäre. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Die Kläger waren in erster Instanz abgewiesen worden, weil sie ihre Behauptung nicht mit dem Schutze eines Beweises erhellen konnten. Der Stennes-Anhänger Dr. Becker, der die 150 geldhungrigen Nazis vor dem Landesarbeitsgericht vertrat, beschwor das Gericht, sich nicht an Formalien zu klammern und den Klägern Brot statt Steine zu geben. Herr Becker ist jedoch recht pessimistisch und sich durchaus darüber klar, daß ein Beweis für die Behauptung der Kläger nicht zu erbringen ist.

Mit erdarmungsloser Schärfe rechneten die Anwälte der Beklagten mit dieser nationalsozialistischen Projektion ab. Sie betonten, daß die ganze Klage mit Sachlichkeit nichts zu tun habe. Der Kampf gelte dem Sozialdemokraten Prolat, den man in einer geradezu unerhörten Weise verlesende. Weder die Personalabteilung noch die Direktion der Verkehrsgesellschaft und ebensowenig der Arbeiterrat hätten sich im mindesten um die politische Einstellung der Entlassenen gekümmert. Rechtsanwalt

Bergin, der Vertreter der BGG, wies nach, daß die meisten Kläger bei ihrer Entlassung noch gar keine Nationalsozialisten gewesen sind, und es erst wurden, als die Berliner Parteileitung der NSDAP ihnen verbot, sich ihrer Sache kräftig anzunehmen. Uebrigens bestritt der Rechtsanwalt die projektorische Möglichkeit, noch einmal in die Beweisaufnahme einzutreten, da durch Prolat's Eib in erster Instanz die Verhandlung abgeschlossen ist. Nachdem Rechtsanwalt Dr. Neumann, der Vertreter der Betriebsräte, die prozessuale Minderheit der Klage an Hand der Bürgerlichen Gesellschaften aufgezeigt und die Behauptung der klägernden Kläger, daß sie der Betriebsrat am Einpruch gebunden habe, als Unwahrheit zurückgewiesen hatte, ergänzte Generalstaatsanwalt Sehnert die Darlegung der Juristen durch die bezeichnende Feststellung, daß weit mehr als zwanzig Kläger, die sich heute als stramme Nazis gebärden und die Märtyrer spielen bei ihrer Entlassung noch Mitglieder des freigelegten Reichsbundes gewesen sind. Damit wird auch jeder Verdacht, daß man bei den leider unvermeidbaren Entlassungen andere sachliche Gesichtspunkte im Auge gehabt habe, hinfällig.

Die Verhandlung wurde am späten Nachmittag am Dienstag vertagt.

Ein Naziführer als Landesverräter

Er hat zugunsten Polens spioniert

Aus Schneidemühl wird amtlich gemeldet, daß der dortige Führer der Sturmabteilung der NSDAP, Braag, von einem Beamten der Kriminalpolizei wegen Landesverrats zugunsten Polens verhaftet wurde. Braag, der sich tagtäglich in „nationalen Worten“ ausgenug tun konnte, hat an Polen Pläne von militärischer Bedeutung verkauft und sich auch sonst zugunsten der „polnischen Feinde“, wie die Nationalsozialisten die Polen so gern nennen, für Geld betätigt.

KAFFEE HAG

RM 0.81 das kleine Paket
jetzt nur noch RM 1.62 das große Paket
RM 1.71 die Vakuumdose

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann
(Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

Hier kam noch ein Zweites hinzu: ein Ereignis, das niemand mehr zu erleben hofft, muß beim Eintreffen wie ein Wunder wirken. Die Phantasie des Volkes ist dann geneigt, an einen Eingriff des Schicksals zu glauben. Kramer Titus Trill, der einzige Sohn des Freiheitshelden Alexander Trill, war bis in die Mitte der fünfziger Jahre überall geblieben. Seine Jungesellenverstocktheit weckte überall Bedauern. Nicht nur bei der Weiblichkeit. Die ganze Stadt beklagte das Aussterben des Geschlechts, das in Bälde einzutreten drohte.

Doch keinem Zureden wurde ein Erfolg. Eine Padelwitz Schönheit nach der anderen mußte sich von dem Versagen aller Liebeskünste bei Titus Trill überzeugen. Er widerstand jedem Angriff.

Allein: Jede Freiheit findet ihren Bezwingeri!

Bei Titus Trill hieß er Martha Diettrigkeit aus Willuschkowen. Auch die gewann ihr Spiel nicht im Fluge. Beharrlichkeit wurde der Erfolg. Fünfundzwanzig Jahre hindurch forderte das Unternehmen der Trills die Hamburger Einkaufsreisen. Fünfundzwanzig Jahre hindurch mußte Titus Trill geschäftshafter Padelwitz im Frühjahr und im Herbst auf je drei Wochen verlassen. Fünfzigmal kaufte er in Hamburg ein Fünftel Jahre lang verkörperte er im Gasthof „Zum Diettrigkeit“. Immer gern gesehen und immer herzlich willkommen geheißen. Fünfzigmal traf er in dieser Zeitpunkte mit Martha Diettrigkeit aus Willuschkowen zusammen, die im „Diettrigkeit“ Schenkmanzell war.

Freundschaften entstehen auf die seltsamste Weise. Das Gefühl der Vereinsamung ist der beste Boden für sie.

Nach fünfundzwanzigjähriger Freundschaft und fünfzigmaligem Wiedersehen erwog Martha Diettrigkeit, ob sie dem Freunde, der alt zu werden begann, nicht die Einkaufsreisen ersparen und verbilligen könne. Sie selbst war zu allen Opfern bereit. Das Schwergewicht lag einzig und allein bei ihrem „Padelwitz“, wie sie ihn nannte. Titus Trill bot unerwartet selbst die Blöße. Er entwickelte Pläne von großen Geschäftsformen. Dazu rechnete er auch die Abschaffung der Einkaufsreisen. Denn während bei dem Altern das Bedürfnis nach Anleihen an Rundes und Weiches von Jahr zu Jahr zunahm, entäuerte sich Martha Diettrigkeit mit erstannlicher Eile von einem Wiedersehen bis zum anderen dieser Tugenden. Es gehörte nicht viel Klugheit dazu, um das Kommando voranzusetzen. Die Eignung für den Beruf der Schenkmanzell nahm trotz erlangter Fertigkeit im Aussprechen aus den gleichen Gründen erschreckend rasch ab. Auch hier drohte ein Nichts. Martha Diettrigkeit begriff, daß nur Ehemänner gezwungen werden können, solchen Wandel der Formen stillschweigend hinzunehmen. An diese Erkenntnis hingensich allerhand Entschlüsse. Leider waren sie nicht allein von ihr abhängig.

„Alternde Männer sind in ihren Entschlüssen unberechenbar!“ sagte sie im Nachgrübeln über den Sturmangriff zu sich selbst. „Sie bringen es fertig, eine Freundin zur Alleinerbin zu machen und damit die Verwandtschaft vor den Kopf zu stoßen. Sie lassen aber auch eine auf Lebensdauer berechnete Seelenfreundschaft ohne Gefühlsbewegung auseinandergehen. Soll ich einmal im Spittel enden?“

Sie rückte dem Schwund der Rundlichkeit umsichtig zu. Kunst ist noch immer der letzte Trost aller Strebenden gewesen. Martha Diettrigkeit erreichte, daß - zum mindesten für den Anblick von außen - Entschweben wieder vorhanden zu sein schien. Das, was mit diesen Rekonstruktionen nicht zu erreichen war, mußte der Diplomatie überlassen werden.

Martha Padelwitz muß dem Eindruck haben, legte sie sich zurecht, daß ich ihm ein Opfer bringe. Darüber sind

die Männer immer gerührt. Hat man sie erst weich, dann hat man schon gewonnen!

Sie eröffnete darum dem Seelenfreunde zur Feier des fünfzigsten Wiedersehens, daß sie bereit sei, auf Heimat, Beruf und Großstadtleben zu verzichten.

„Titeldier“, liebteste sie, „ich hab' mich hindurchgerungen um deinetwillen jedes Opfer zu bringen. Mein Ziel ist fortan dir deinen Lebensabend zu verschönen. Nichts soll mich erschrecken. Auch die Weltabgeschiedenheit von Padelwitz nicht. Wo du dich wohlfühlst, kann auch ich glücklich werden.“

Sie redete viel. Sie redete gründlich. Sie sparte an nichts und mit nichts. Titeldier blieb der Mund offenstehen. Seine Fassungslosigkeit war echter als manches der von ihm verkauften Gewebe. Am liebsten hätte er den Kranz der silbernen „Fünftel“, der über dem Kopfende des Bettes angebracht war, herabgerissen und unter die Füße getreten. Er verfluchte sich selbst, seine Einkaufsreisen, seine Liebedürftigkeit, die Falschheit der Weiber und tausend andere Dinge. Aber unter den Zärtlichkeiten der Dreimästerin zerschmolz Groll und Wagemut.

„Ich muß ihrer Gerissenheit meine Klugheit entgegen setzen“, gelobte er sich im Stillen und blieb eine Woche länger in Hamburg als sonst. Er hoffte, durch diesen unerwarteten Entschluß die Seelenfreundin in Schwierigkeiten zu bringen.

Titus Trill ließ sich vom Stammhause einen größeren Betrag zur Regulierung umfangreicher Geschäftsverbindlichkeiten nachschicken. Martha Diettrigkeit erinnerte sich bei der Ueberreichung des Briefumschlages mit der Aufschrift: „Meiner Unvergessenheit zum Danke!“ an das Sprichwort von der Taube auf dem Dache und dem Sperlinge in der Hand. Zur rechten Zeit siegte die Weisheit.

„Soooo denkst Du von mir?“ schluchzte sie auf. „Du meinst, daß ich dich um deines Geldes willen geliebt habe? Nein! Ich komme in einem Vierteljahr zu dir. Meinethalb zu Führung deines Jungesellenhaushalts. Damit schiedelst jedes Getöse.“

(Fortsetzung folgt)

Wieder einmal ein Justizskandal

Fluchtverdacht verhaftet, obwohl Untersuchungsrichter die Reisen bewilligt — will man verhindern, daß die Wahrheit ans Licht kommt?

München, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.)
Die demokratische „Münchener Post“ behauptet, daß die Verhaftung Werner Abels, daß Abbel schon „wegen Fluchtverdachts“ in Untersuchungshaft wurde. „wegen Fluchtverdachts“ ist um so merkwürdiger, wenn die Zustimmung des Untersuchungsrichters zur Vernehmung von Zeugenvernehmungen in der Abbel'schen Wohnung in seinem Verahren mehrere Reisen, und zwar auch ins Ausland, bewilligt hat. Jetzt ist er wieder mit Zustimmung des Untersuchungsrichters zur Vernehmung des italienischen Maglioratti nach Amerika geschickt. Nach seiner Rückkehr stellte er sich dem Untersuchungsrichter zur Verfügung und wurde plötzlich wieder verhaftet. Ein solches Verfahren ist ein Verstoß gegen die Justizgesetze ohne Beispiel. Ein Angeklagter, der mit Genehmigung des Untersuchungsrichters nach Amerika reist und sofort nach seiner Rückkehr wieder zur Verfügung des Untersuchungsrichters gestellt wird, ist ein Verstoß gegen die Justizgesetze ohne Beispiel. Ein solches Verfahren ist ein Verstoß gegen die Justizgesetze ohne Beispiel.

Regierungsgegenstand, dem Radiergummi, bearbeitet worden war, hat mein Vater, der unsere große Bewegung bisher nur vom Hörensagen kannte, an mich geschrieben: „Du kannst stolz sein, daß du zum Märtyrer dieser großen Volksbewegung werden durftest.“ (Stürmischer Beifall.) Ich glaube, nach diesem Urteil werden die ewig Gestrigen es sich vielleicht auch überlegen, ob sie diese Bewegung weiter als eine verächtliche ansehen wollen und sie zu feige und zu vornehm sind, bei uns einzutreten.“
Mit diesem Geständnis hat der Hohenzollernsprößling seiner „Arbeiterpartei“ einen wertvollen Bärendienst erwiesen. Denn als Ludowig Hitler ist der Flüchtling in Doorn sicherlich die am besten geeignete Persönlichkeit.

Neuer Strich bei der Heimwehr

Wien, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.)
Der heimische Landesführer der Heimwehr Dr. Pfeisner hat den bisherigen Grazer Kreisleiter der Heimwehr seines Amtes enthoben und einige Gruppen, die sich ihm nicht fügen wollten, aufgelöst. Die aufgelösten Gruppen beabsichtigen nunmehr mit christlich-sozialer Unterstützung ein Kreisvolk zu bilden und sich dem Tiroler Führer Dr. Steidle zu unterstellen. Eine Heimwehrgarde, die in das Gebäude der Kreisleitung eingedrungen war, wurde wegen Hausfriedensbruchs angeklagt.
Die Affäre ist auch insofern von Interesse, als der Bundesführer Starckhemberg sich zwecks Regelung von finanziellen Angelegenheiten auf einige Wochen in Urlaub befindet und Pfeisner sein Stellvertreter ist.

Personalabbau in Berlin

Berliner Stadtverordneten-Versammlung am 17. März einen Beschluß an, nach dem an den Personalbestand der Verwaltung vor der Beratung keine Verringerung vorgenommen werden dürfte. Oberbürgermeister erklärt jetzt dazu in einer Mitteilung, daß die Personalabbaupläne in der Tat nicht in der Lage sind, dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zuzustimmen. Vielmehr ist die Personalabbaupläne der Stadt eine durchgreifende Personalreform notwendig.
Oberbürgermeister hat weiter angeordnet, daß die von weniger beschäftigten Dienststellen, wie es die Beamten der Stadt zurzeit sind, zu den außerordentlich beschäftigten Steuer- und Wohlfahrtsämtern delegiert werden.

Briands Pläne in betreffs der Zollunion

Paris, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.)
Der französische Außenminister wird — wie wir zuverlässig erfahren — im Völkerbundsrat anlässlich der Beratung der deutsch-österreichischen Zollunion unter Hinweis auf den französischen Plan auf Deutschland dahin einzuwirken versuchen, daß seine Regierung im Interesse des europäischen Friedens auf das Zollabkommen mit Österreich verzichtet. Briand hofft dabei auf die Unterstützung des Völkerbundsrates, dem er vorzuschlagen wird, die juristische Seite der deutsch-österreichischen Zollvereinbarung durch den Haager internationalen Gerichtshof prüfen zu lassen. Wenn dieser Antrag angenommen wird und Deutschland und Österreich gleichfalls aufgefordert werden, die weiteren Verhandlungen bis zur Befanngabe der Entscheidung des internationalen Gerichts.

hofes einzustellen, würde Briand sich zufrieden geben. Er rechnet damit, daß das französische Gegenprojekt bis zur Entscheidung des Haager Gerichtshofes soweit in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann, daß Deutschland und Österreich, selbst wenn das Gutachten des internationalen Gerichtshofes günstig ausfällt, es für zwecklos halten würden, ihren Plan durchzuführen.

Italiens Antwort in der Flottenabrüstungsfrage

Die Antwortnote überreicht — Italien lehnt sich Englands Vorschlägen an

Paris, 5. Mai. (Eig. Funterbericht.)
Die italienische Antwortnote auf die französischen Vorschläge in der Flottenabrüstungsfrage ist am Montag nachmittag im Außenministerium überreicht worden.
Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, handelt es sich um ein ziemlich umfangreiches Dokument, das in drei Teile zerfällt. Im ersten Teil gibt die italienische Regierung einen historischen Überblick über die französisch-italienischen Flottenverhandlungen der am 1. März zustandgekommenen Einigung über die Grundlage eines Abkommens. Der zweite Teil enthält eine kritische Analyse der französischen Vorschläge, der letzte Abschnitt die italienischen Gegenanschläge. Diese Vorschläge stimmen mit den englischen überein und laufen darauf hinaus, die für 1935 vorgesehene neue Flottenkonferenz darüber entscheiden zu lassen, ob Frankreich das Recht hat, schon von 1935 an (ursprünglich hatte Frankreich sogar das Jahr 1934 verlangt) Neubauten für die Kriegsmarine in Angriff zu nehmen, die 1936 wegen zu hohen Alters außer Dienst gestellt werden sollen.
Das „Echo de Paris“ fordert die französische Regierung auf, die Abmachungen vom 1. März fallen zu lassen und vollkommen neue Verhandlungen zwischen Rom und Paris ohne Vermittlung Englands einzuleiten, denn solange die Sozialisten in London an der Macht wären, sei von dort nichts gutes zu erwarten.

Zwei wichtige Erklärungen englischer Führer

London, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
Im Unterhaus erklärte Außenminister Henderson am Montag auf eine Anfrage, England habe bei der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages Belgien gegenüber keine rechtliche Verpflichtung übernommen. Was der belgische Wehrminister kürzlich über eine eventuelle Hilfeleistung englischer Truppen gesagt habe, sei vermutlich seine eigene Ansicht, zu der er sich durch den Locarno-Vertrag berechtigt glaubt.
Der Führer der Liberalen, Lloyd George, wies am Montag in einer großen Rede nach, daß die Länder mit den höchsten Löhnen zugleich die niedrigsten Löhne und Gehälter zahlten. Unter den betreffenden Ländern befindet sich auch Deutschland.

Zentrum zur Personalpolitik

Preussischer Landtag ist folgender Antrag der Kommission eingegangen:
„Preußen sind die Katholiken in der Verwaltung bei der Besetzung von Beamtenstellen systematisch bevorzugt worden. Diese ganz konsequente, zum Teil hundert durchgeführte Imparität läßt sich naturgemäß in den nächsten Jahren aus der Welt schaffen. Es gehört aber zu den natürlichen Pflichten des Staates, auch von sich selbst Kräfte daran mitzuwirken, daß die Katholiken alle dem Recht kommen, das man ihnen früher verweigert hat.“
Der Landtag wolle beschließen: Die Personalpolitik wird durch eine allgemeine Anweisung des Zentral- und Provinzialinstanzen dahingehend zu ändern, daß bei Neueinstellung von Beamten die Anwärter der verschiedenen Konfessionen bevorzugt werden, bis die Zahl der Katholiken bestehende Imparität wenigstens annähernd beseitigt angesehen werden kann.“

Snowden gegen den Bodenzwucher

Sensationelle Rede über die neue Besteuerung des Großgrundbesitzes

London, 5. Mai. (Eigener Funterbericht.)
Im Unterhaus begründete Schatzkanzler Snowden am Montag ein Gesetz zur weiteren Besteuerung des Großgrundbesitzes, die eine Art Wertzuwachssteuer darstellt, gleichzeitig aber in ihrer Wirkung den Umfang von einer sozialen Umschichtung großer Bedeutung bilden soll. Unter der Spannung des Hauses, oft von stürmischem Beifall der Arbeiterpartei unterbrochen, hielt Snowden geradezu einen nationalökonomischen Vortrags über das Zustandekommen des Großgrundbesitzes und über den von ihm verübten Bodenzwucher.
Der Boden ist — so führte Snowden aus — in Wahrheit Allgemeinbesitz, nicht geschaffen für die Barone und Junker. Jene aber, die das Eigentum der Allgemeinheit besitzen und ausnützen, sollen dafür wenigstens der Allgemeinheit eine entsprechende Entschädigung bezahlen. Deshalb wird der gesamte Großgrundbesitz neu eingeschätzt und von je einem Pfund Kapitalwert muß von 31. März 1934 an jährlich Wertzuwachs entrichtet werden. Kleinbetriebe, Besitz von uneigennütigen Gesellschaften, von Kommunen, Kirchen

usw. bleiben von dieser neuen Steuer frei und landwirtschaftlich bewirtschafteter Boden wird nur zum Ertragswert bemessen. Betroffen werden jedoch die in England unbenutzten liegenden Flächen, die nur der Boden Spekulation dienen, den Bodenzwucher ins Ungemessene treiben und den Ankauf zu Siedlungszwecken verhindern. Mit dem Wachstum der Bevölkerung und mit jedem Kind, das geboren wird, erhöht sich der Preis des Bodens, ohne daß die Besitzer einen Finger zu rühren brauchen. Die Landjunker werden im Schlaf fett. Es muß aufgeräumt werden mit der sozialen Ungerechtigkeit des großen, privaten Landbesitzes, und dem Boden die Freiheit zurückgegeben, heißt, den Menschen die Freiheit wiedergeben.
Zum Schluß seiner sensationellen Rede stellte Snowden noch fest, daß die dem Gesetz zugrundeliegende Wertminderung vor öffentlichen Kammer stattfinden und die Kosten der Einschätzung auf 1 bis 1½ Millionen Pfund Sterling geschätzt werden. Die Regierung bringe durch das Gesetz neues Geld in die Staatskassen. Sie steuere dem Bodenzwucher, mache den Grund billiger und frei zur Besiedelung.

Die neue Regime in Thüringen

Die tollsten Streiche Frieds rückgängig gemacht
Weimar, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
Von Fried verfügte Amtsenthebung der demokratischen Lehrer Landtagsabgeordneter Wädler und Lehrer Bidel. Eigenes ist inzwischen rückgängig gemacht worden. Die betreffenden Lehrer befinden sich wieder im Dienst.
Der Montagssitzung des Landtages teilte der Ministerpräsident, daß die Geschäftsverteilung in dem Ministerium wie folgt vorgenommen werden soll: das Wirtschaftsministerium soll Staatsminister Baumgarten, das Innere, Volksbildungs- und Justizministerium Kästner erhalten. Die Kommunisten und Nationalisten wandten sich gegen diese Geschäftsverteilung und an, daß Dr. Kästner fähig sei, die Volksbildung zu leiten. Der Landtag stimmte der Geschäftsverteilung bei der Mitteilung der SPD zu.
Vor dem Eintritt in die zweite Lesung des Staatsvertrages erklärte Baumgarten, daß für die notleidenden Gemeinden, die von der Wirtschaft stark belastet seien, zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Die allgemeine Ausgabeverteilung sehr kurzfristig. Die Nationalsozialisten und Abgeordneten Papendred, Wachtler und andere wurden von der Sitzung ausgeschlossen.
Der Ministerpräsident war im Verlauf der Sitzung die Feststellung der Reichstages Abgeordneten Kästner und Dr. Wismann, die Kästner bei der Regierungsbildung im Januar 1930 erklärt, daß er auf alle seine Beamtenrechte und Ansprüche in Thüringen verzichtet habe. Deshalb hätte seinerzeit die Volkspartei Abmachungen, die mit Fried getroffen wurden, zu widerrufen. Die Nazis bestritten das. Sie beschwerten sich ferner, daß der gegenwärtige Volksbildungsminister Dr. Kästner Abmachungen darüber anstellte, welche Lehrer dem Nationalsozialistischen Schülerbund angehören und denselben fördern.

Hoover über die Landabristung

Sensationelle Rede für die Abristung

Washington, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
Auf dem 6. Kongreß der Internationalen Handelskammer, der am Montag in Washington eröffnet wurde und als seinen künftigen Präsidenten den Präsidenten der Berliner Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, wählte, nahm u. a. der amerikanische Staatspräsident Hoover das Wort zu einer Rede, in deren Verlauf er sich u. a. auch über die bevorstehende Landabristung äußerte.
Hoover betonte, daß nur durch die Begrenzung und die Herabsetzung der Abristungen gegenseitiges Vertrauen erreicht werden könne. „Die Welt“ — so fuhr er fort — „gibt jährlich 5 Milliarden Dollar für Abristungen aus. Das sind 70 Prozent mehr als vor dem Weltkrieg. Immer noch stehen 5½ Millionen Mann unter den Waffen. Wie kann angesichts dieses Zustandes die Weltwirtschaft gehoben, wie kann Vertrauen in Handel und Verkehr und in die Sicherheit von Kapitalanlagen zurückkehren? Die gegenwärtigen Abristungen in allen Staaten der Welt sind eine Verschwendung ungeheurer Teile des nationalen Vermögens, und nichts ist mehr zu wünschen, als daß die bevorstehende Genfer Abristungskonferenz endlich zu einem Ziele gelangt. Amerika hat seine Verdienste im Verhältnis bereits stärker verringert als alle anderen Staaten. Es wird der Abristungskonferenz auch weiterhin sein Interesse zeigen und wünscht nichts sehnlicher, als daß das Problem der Landabristung endlich zum Nutzen der Völker mit Entschiedenheit in Angriff genommen wird.“

Die Lage in Spanien

Neue Wahlkreiseinteilung

Die spanische Regierung, die sich bereits eifrig mit den Vorbereitungen der Wahlen zur Nationalversammlung beschäftigt, beschäftigt, die Zahl der Abgeordneten auf 600 festzusetzen, während das alte spanische Parlament 410 Deputierte zählte. Ferner besteht die Absicht, das Land künftig in 50 Wahlkreise einzuteilen, die den Verwaltungsprovinzen entsprechen. Auf je 40 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen. Das bedeutet eine vollkommene Veränderung des früheren Verhältnisses zwischen Stadt und Land. Früher wählten die Großstädte verhältnismäßig viel zu wenig Abgeordnete, während das flache Land mit seinen vielen Analphabeten ein starkes Übergewicht hatte. Nach dem neuen Schlußfeld dürften auf Madrid und Barcelona künftig 20 Abgeordnete entfallen, während Madrid früher acht und Barcelona sechs Deputierte stellte.

Die neuen spanischen Botschafter

Außenminister Lerroux erklärte am Montag nach Beendigung des Ministerrats, daß unter anderem folgende Botschafterposten endgültig besetzt worden seien: Berlin: Professor America de Castro; London: Perez de Argala; Rom: de Figueroa (ein Sohn des Grafen Romanones); Brüssel: Salvador Albert; Washington: de Madariaga. Ueber die Besetzung der Botschafter in Paris und Buenos Aires sei noch kein Bescheid gefaßt. Die spanische Gesandtschaft in Mexiko werde wahrscheinlich in eine Botschaft umgewandelt werden, die dem ursprünglich zum Botschafter in Berlin ausersehenen del Pozo anvertraut werden soll.

Freiwilliger Arbeitsdienst in Ostpreußen?

In der Ostpreußen bei der Reichsanlei sollen heute dem Reich des Reichsministers Treviranus Beschlüssen über die Möglichkeit stattfinden, inwieweit die Verbände in Ostpreußen zu einem freiwilligen Arbeitsdienst herangezogen werden können. Diesem Vorhaben ist hinsichtlich der Arbeitsdienstpflicht außerordentlich optimistisch. Er denkt dabei — wie er am Sonntag in einer Rede in Ostpreußen ausführte — an Arbeiter, für die das nicht nur die Finanzierung, sondern sogar eine Reichsregierung hinsichtlich der späteren Vergebung von Siedlerstellen im Spiel ist.

Genes Antwort an Ausland und die Türkei

Washington, 5. Mai. (Eigener Funterbericht.)
Die Rede des Präsidenten Hoover auf dem 6. Internationalen Handelskammer-Kongreß hat hier allgemeines Aufsehen erregt. Hoovers Ausführungen finden allseitige Zustimmung in der Weltöffentlichkeit und werden als die härteste internationale Auslösung der gegenwärtigen Regierung bezeichnet.

Genes Antwort an Ausland und die Türkei

Der Generalkonzeß des Völkerbundes hat den Regierungen Sowjetrusslands und der Türkei gleichlautend mitgeteilt, daß nach Rücksprache mit dem Präsidenten der Völkerbundkonzeß der neuen Termin einer Beratung der Völkerbundkonzeß nicht angesetzt werden könne. Es ist aber wahrscheinlich, daß Punkt 2 der Tagesordnung der Kommission (Wirtschaftsfragen) entweder am 16. Mai nachmittags oder am 16. Mai vormittags beraten werden. Dabei ist es vorzuziehen, die Verhandlungen am 16. Mai in Genes abzuhalten.

Auf können die Nazis stolz sein

Der Held von Doorn jetzt auch Hakenkreuzler
München, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
In der letzten Heldenkaiser in Doorn ist unter die Hakenkreuzler gegangen. Sein Sohn, der seit einigen Monaten als Stimmführer für Hitler herumzöge, erzählte davon in einer Münchener Versammlung nach dem „Völkischen Beobachter“.
Als ich neulich oben in Königsberg mit dem modernen

Donnerstag, den 3. Mai 1931

Breslauer Nachrichten

Reichstags-Papier ist geduldig
Nazis klauen Reichstags-Papier
zu ihren Bettelbriefen

Die Nazis nach nur kurzem Gastspiel im Reichstag... Frau wieder verschwunden sind, haben sie sich doch...

nämlich der Breslauer Nazi-Abgeordnete und... Bettelbriefe an zahlreiche Nazifreunde und solche, die es...

sind diese Briefe vom 29. 4. 1931, also einer Zeit, wo über... Tagung des Reichstages stattfand. (Was würden Sie...

Das Reichstagspapier scheint recht geduldig... dass es so viel Klagen und Verdrehungen auf einmal...

Erinnern Sie sich, Herr Zente, noch ihres Schreibens... vom 5. März des vergangenen Jahres, wo Sie...

Es geht aufs Ganze, der Letzte der Brüder... wenigstens finanziell helfen, ich bitte da...

„Erwarte Opfer von anderen nicht... wenn Du sie selbst nicht bringen willst!“

Da man noch nicht erlebt hat, daß von dem, von allem Luxus... denen Führer Hitler bis zum letzten „Marktschreier“, der...

„Erwarte Opfer von anderen nicht... wenn Du sie selbst nicht bringen willst!“

zum Millionen-Erbschaftsprozess
Erklärung des Neumarkter Landrates

Landrat Hüttenhein - Neumarkt ersucht uns um Wiedergabe folgender Erklärung hinsichtlich der...

In den Pressenachrichten über den zur Zeit schwebenden... gegen die „Millionenerbinnen“ ist trotz meiner...

Bei dieser Sachlage erscheint eine weitere Verfolgung... Angelegenheit, auch im Hinblick auf die Verjährung...

„Nachdem die sog. väterlichen Erben die hiesige Ver... waltung wiederholt sowohl mündlich wie schriftlich mit ihrer...

Daß ich auch den gegen eine angegebene Familie des Kreises... benen schwerwiegenden Vorwürfen nicht den geringsten...

Frau Dr. Kienle im Zirkus Busch
Große Rundgebung gegen § 218

Das Aktionskomitee gegen den berüchtigten § 218 hatte für... Sonntag vormittag zu einer Rundgebung in den Zirkus Busch...

Genosse Dr. Neufeld... wies auf die verheerenden Folgen des Verbots der Schwanger-... schäftsunterbrechung hin. Trotz der angedrohten Strafen für...

Frau Dr. Kienle-Stuttgart... wies auf den Prozeß gegen Dr. Wolf und sie, worin ihnen der... Vorwurf gemacht wird, durch gemeinsames Zusammenarbeiten in...

ein Staat von Verbrechern... Dabei sind es die besten und ehrlichsten, die auf diese Art zu... Verbrechern werden. Deshalb müssen wir den § 218 ablehnen.

Wo viele hundert Mark Honorar gezahlt werden... können, finden sich für den Zweck in Deutschland und... im Auslande genügend Kliniken und Sanatorien.

Deshalb richtet sich der § 218 einseitig gegen die arbeitende... Bevölkerung. Wir müssen uns einig werden in der Forderung...

Es dreht sich nicht darum, ob wir uns gegen das... Gesetz vergangen haben, sondern darum, warum wir...

Von der Sorgfalt, mit der das Gericht jedem einzelnen Falle... nachgeht, zeugt der Umstand, daß sieben unter hundert Fällen...

Dr. Wolf und ich haben ein Interesse, daß der... Prozeß nicht in der Versenkung verschwindet.

In allen Fällen handelt es sich um Frauen aus der werk-... tätigen Bevölkerung. Auch bei der wertvollen Frau besteht der...

größten Not und unter schweren inneren Kämpfen entschließt... Früher kamen Abtreibungen aus Erblichkeitsgründen vor, heute...

Die Rednerin führt aus ihrer Praxis Fälle an, wo sie die... Hilfe ablehnen zu müssen glückte, und deshalb die Frauen, die...

Ja, das haben wir in vielen hundert Fällen getan... und dabei nicht nur als Mensch, sondern auch als...

Wenn der § 218 bleibt, kommt deshalb nicht eine Abtreibung... weniger vor, und wenn er fällt, gibt es auch nicht eine Geburt...

Die Rednerin fordert ferner, daß der § 184 fällt, der die... Anpreisung empfängnisverhütender Mittel unter Strafe stellt.

Der Vortrag der tapferen Frau fand den stürmischen Beifall... der großen Versammlung. Es sprach dann der Vorsitzende des...

Damit hatte er jedoch sich selbst wie seiner kommunistischen... Freunden den schärfsten Dienst erwiesen. Unsere Genossen ver...

Der Breslauer Aktionsausschuß wird nunmehr erneut seine... Zusammenkunft zu prüfen haben. Der einseitige Wille der...

weder unternommen, noch zugesagt, noch überhaupt erwagen habe... versteht sich bei dem Mangel jeglichen Anhaltspunktes von selbst...

Vor 50 Jahren
Ein Jubiläum Breslauer Polizeischwach

Ein Genosse, der am Schlimmsten von der Polizei während... dem Sozialistengesetz herumgehört wurde, war Max Kayser.

Vor gerade fünfzig Jahren, am 5. Mai 1881, bewies... die Breslauer Polizei, daß auch sie ihren Anteil...

legitimierte und ihn aufforderte, ihm behufs Durchsichtung seiner... Sachen zu folgen. Kayser war, wohlgemerkt, Reichs-

Der Festgehaltene wollte den staatsanwaltschaftlichen Befehl... zu einer Durchsichtung sehen; doch der Kommissar erklärte, er habe...

Auf der Wache wurden Kayser's Gepäc und... seine Kleider gründlich durchsucht; verschiedene...

„Begen Bedachts der Verbreitung verbotener sozialdemokratischer... Druckschriften wurden, da Gefahr im Verzuge, bei dem Kaufmann Herrn...

Kayser erhob bei dem Polizeipräsidenten Beschwerde, weil er... die Druckschriften nur des Studiums und der privaten Lektüre...

Die Hege gegen den Abgeordneten ging... weiter, in diesem Respektstreben wurde er aus den verschiedensten...

Zum Zähneputzen merkt Euch wohl... braucht man die Pasta von Odol

Achtung, Kreuzzug der Maschine!

Die beiden Aufführungen des großen proletarischen Chorwerks „Kreuzzug der Maschine“ sind vorüber. Mehr als 17000 Zuschauer haben an den beiden Abenden in der Jahrhunderthalle das Werk an sich vorüberziehen lassen. Da ziemt es sich für den Veranstalter, den Mitwirkenden, die in monatelanger, fleißiger und zäher, unermüdlicher Vorbereitungsarbeit die Aufführung ermöglicht haben, für ihre Opferwilligkeit den Dank auszusprechen.

So möchten wir in erster Linie den Kindern der weltlichen Schule und auch teilweise der Aufbauschule Breslau und ihren Eltern danken, die sich in so selbstloser Weise für den Kinderchor zur Verfügung gestellt haben. Wir danken ferner den wichtigsten Lehrgängern der Aufführung, den Arbeiterführern und der Jugend, die die beiden großen Chöre stellten und durch ihre bedeutungsvollen künstlerischen Leistungen am meisten zum Gelingen des großen Werkes beigetragen haben. Wir danken vor allem auch ihren Leitern, Herrn Burkert, dem altbewährten künstlerischen Führer des Volkchores Breslau, und ganz besonders dem Genossen Otto Zimmermann, der in der Heranbildung und künstlerischen Erziehung des Chores und Bewegungschors unserer Jugend eine bedeutungsvolle künstlerische Tat vollbracht hat und der der ganzen Aufführung den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrückte. Wir danken auch den übrigen Mitwirkenden: der Schließlichen Philharmonie und den Musikern, die sie vertikalisch, und den beiden Einzelsprechern Willy Koch und Alexander Kanga, die das Werk vollenden halfen.

Die Aufführung dieses großen Werkes war in doppelter Beziehung bedeutungsvoll. Sie bedeutete einmal den Beginn einer neuen Gestaltung der Arbeiterklasse auch hier in Breslau und sie bedeutete weiter einen großen Schritt vorwärts in die eigenen künstlerischen Arbeiten des Breslauer Proletariats.

Die beiden großen Aufführungen, deren Kosten sehr hoch sind, zu veranstalten, was ein Wagnis, an das sich der Arbeiterbildungs-ausschuss und die übrigen beteiligten Organisationen der Sänger, der Arbeiterpartei und der Arbeiterjugend nicht ohne ein gewisses Wagnis heranzuwagen haben. Daß das Wagnis so gut gelungen ist, ist dem opferbereiten Idealismus der vielen Hundert Mitwirkenden zu danken, die die Aufführung durchführten.

Ihnen allen an dieser Stelle herzlich zu danken, ist uns ein Bedürfnis.
Arbeiterbildungsausschuss.

Wild-West am Zeichnerpark

Zwei Ueberfälle in einer Nacht

Die Anlagen an der Salvatorkirche sind schon oft als günstiger Ort zu nächtlichen Ueberfällen auszuweisen worden. Auch in der vergangenen Nacht wurde die Polizei wieder einmal mobilisiert. Ein Parteigenosse, der Hilfe suchte, wurde in die Anlagen, wo er einen 27jährigen Mann und seine um ein Jahr ältere Frau verließ aufzufand. Der junge Mann war von einem Fremden angegriffen worden, der ihm zurief: „Eine Karle oder eine Zigarette!“ Ehe der Angegriffene was antwortete, was los ist, verließ ihn der andere einen Faustschlag ins Gesicht, so daß er zusammenbrach. Im gleichen Augenblick sprangen noch zwei Komplizen herbei, von denen sich einer auf das Mädchen stürzte, während ihm der dritte das Handtäschchen entließ. Unbeachtet konnten die drei Leute trotz der Hilfe der Ueberfallenen und der Polizeibeamten fliehen. Die inmitten auch eintreffende Polizei suchte nun die Anlagen an, wobei die Handtäschchen wieder gefunden wurde. Die Räuber scheinen sie so eilig durchsucht zu haben, daß ihnen die darin enthaltenen Geldstücke entgingen. Der überfallene Mann mußte sich jedoch noch zu einem Arzt begeben, da er am Auge erheblich verletzt war.

Eine Stunde darauf, gegen 2 Uhr, hörten Polizeibeamte einen Hilferuf aus den Anlagen. Diesmal gelang es, zwei Männer zu fassen, den 27jährigen Keller T. aus Görlitz und den 27jährigen Schmied M. aus der Augustastr. die einen Passanten überfallen hatten. Einer der Festgenommenen hat bereits zugegeben, an dem zweiten Ueberfall beteiligt gewesen zu sein. Es haben sich aber inzwischen auch Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die beiden auch den ersten Ueberfall ausgeführt hatten.

Zweieinhalbjähriges Kind überfahren

Am Sonntag, gegen 12 Uhr, erlitt ein Knabe von ungefähr 2 1/2 Jahren auf der Friedrichstraße einen Unfall dadurch, daß er kurz vor einem in Richtung Gräbchen fahrenden Kraftomnibus die Straße zu überqueren versuchte. Infolge der kurzen Entfernungen war der Kraftwagen nicht in der Lage, seinen Wagen zum Stehen zu bringen, so daß der Knabe von dem Wagen erfasst und umgestoßen wurde. Hierbei zog er sich eine Prellung des linken Beines zu und wurde nach der eierlichen Wohnung geschafft; von dort aus erfolgte die Ueberführung nach dem Elisabethiner-Krankenhaus.

Vom Motorradfahrer überfahren

Am Montag morgen wurde vor dem Grundstück Friedrich-Wilhelm-Straße 11 eine unbekante junge Frau beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem Motorradfahrer umgestoßen und überfahren. Da sie sich nicht mehr erheben konnte und über heftige Schmerzen in der linken Seite klagte, wurde sie einem dort wohnenden Arzte zugeführt, der ihr Notverband anlegte. Nachdem wurde sie mit einem herbeigerufenen Krankenauto ins Herzhilgen-Hospital geschafft. Die Personalien des Motorradfahrers sind festgestellt worden, doch soll ihm keine Schuld an dem Unfall treffen.

Die Pictatorbühne im Liebig-Theater

Die Aufführungen des Schauspiel „Frauen in Rot“ (§ 218) von Carl Crede, mit denen am Sonnabend, dem 9. Mai, das Liebig-Theater wieder eröffnet wird, finden in der Inszenierung Edwin Piscators und durch das Ensemble der Pictatorbühne Berlin statt, die dieses Stück mit höchstem Erfolg bereits über 400 Mal in Berlin und allen großen Städten des Reiches gespielt hat.

Breslauer Johannistfest

wird in diesem Jahre wieder abgehalten

Auf dem Messegelände in Scheitnig wird in diesem Jahre vom 13. bis 28. Juni wieder das bekannte Breslauer Johannistfest — das Volksfest der schlesischen Heimat — abgehalten werden. Mit der Frage, ob man in der kühneren Zeit ein derartiges Fest abhalten soll, hat der kürzlich tagende Johannistfest-Ausschuss, dem Vertreter des Magistrats, der Handelskammer, des Bezirks-Breslauer Einzelhändler, der Handwerkskammer, des Innungs-ausschusses und des Verkehrsvereins angehören, sich recht eingehend beschäftigt. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre das Fest wie in den früheren Jahren, wieder abzuhalten; dies ist doch in hervorragendem Maße dazu, den Fremdenverkehr in der schlesischen Metropole zu heben. Gerade das Beispiel anderer deutscher Großstädte, wie München, Dresden, Hamburg usw., die ihre alljährlich wiederkehrenden Volksfeste immer und immer lehrreich erhalten, zeigt wohl zur Genüge, daß auch Breslau auf diese große Werdoveranstaltung für den Fremdenverkehr nicht verzichten kann. Abgesehen davon, daß das Johannistfest einer ganzen Reihe von Gewerbetreibenden für einige Zeit Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten bietet, ist durch die Statistik früherer Jahre klar erwiesen, daß sich der Fremdenverkehr in Breslau in der Zeit des Johannistfestes sehr erhöht hat.

Während des Festes findet am 20. und 21. Juni in Breslau das Bundesfest des Schlesischen Sängerbundes statt, das Tausende von Sängern aus der Provinz nach der schlesischen Metropole ziehen wird; ferner hat wieder zu dieser Zeit wie das Johannistfest eine Aufstellung im Messegelände, ein Reichstags- und andere öffentliche Veranstaltungen in Breslau vorzugehen.

Verräter verfallen der Feme

Genossinnen, wir brauchen Quartiere für eine Nacht, vom 24. zum 25. Mai, zum Jugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend. Anmeldungen nehmen die Distriktsführer, die Heimleiter der SAJ, und das Arbeiter-Jugendbüro gern entgegen.

* Silberhochzeit feiert heute Genosse August Hampel mit seiner Ehefrau Selma, Weinstraße 63. Der Jubilar ist jahrzehntelang Volkswachtmeister, ebenso lange Partei- und Gewerkschaftsmittglied. Wir gratulieren!

* Silberhochzeit feiert am 5. Mai Genosse Paul Berndt mit seiner Ehefrau Bertha, Weinstraße 75. Der Jubilar ist jahrzehntelang Mitglied der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und Volkswachtmeister. Außerdem schon mehrere Jahre Bezirksvorsteher und Wohlfahrtspfleger. Auch im Distrikt wirkt er schon 10 Jahre als zweiter Distriktsführer und Bezirkskassierer. Wir gratulieren!

* Silberhochzeit feiert heute Genosse Bartkowiak, Genosse B. ist seit 1898 Volkswachtmeister und langjähriger Parteigenosse und Gewerkschaftler. Wir gratulieren!

* Silberhochzeit feiert heute Genosse Paul Bratsch und seine Ehefrau Marie, Weinstraße 10. Genosse Bratsch ist ebensolange Parteimitglied und Volkswachtmeister und gehört über 30 Jahre dem Bergwerksbund an. Wir gratulieren!

* Silberhochzeit feiert heute Genosse Emil Thiel, Promnitzstraße 49, und seine Ehefrau Bertha, geb. Krifken. Thiel ist langjähriger Partei- und Gewerkschaftsmittglied und langjähriger Leiter der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

* Blumen am Fenster, Blumen am Balkon. Ueber dieses Thema wird am Dienstag, dem 5. Mai, 20 Uhr, im Rammerrustaal des Breslauer Konzerthauses, Gartenstraße 39/41, Herr Gartenbauingenieur Fritz Hanisch aus Breslau-Carlswitz einen Vortragsabend mit Lichtbildern halten. Der Eintritt ist frei.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau C. B.
7. Frauen-Abteilung. Donnerstag in der Halle Mitglieder-versammlung, 8 Uhr Frauen, 9 Uhr Jugend.
Handball
Freie Sportabteilung 1925 (Obertor). 8. Mai, 20 Uhr, außerordentliche Monatsversammlung bei Beiniß, Deisnerstraße.

Arbeiter-Kulturvereine
Freie Musikanten. Deut. 20 Uhr, Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus.
Arbeiter-Samariter-Bund
Deut. 20 Uhr, Kolonnenabend im Zwinger- Gymnasium. Gäste sind willkommen.

Koncerte, Theater, Veranstaltungen
Kunsttheater. Die letzte Matinee für die zweite Gruppe der Jungen Bühne im Stadttheater findet am Sonntag, dem 11. Mai, 11.30 Uhr, im Stadttheater statt. Die erste Gruppe spielt die Premiere am Sonntag, dem 17. Mai, 11.30 Uhr vorm.
Städtisches Theater. Am 15. Mai als 18. Monumentalinszenierung der Serie E. Wagners „Siegfried“ mit Fritz Dornow in der Titelpartie, Rudolf Stich als Hagen und Karl Huber als Kriemhild. Mittwoch, 19.30 Uhr, als 18. Monumentalinszenierung der Serie E. Wagners „Die Walküre“.
Freitag, 19.30 Uhr, als 18. Monumentalinszenierung der Serie D. „Die Rheingunde“.
Freitag, 19.30 Uhr, als 18. Monumentalinszenierung der Serie E. Wagners „Die Walküre“.
Freitag, 19.30 Uhr, als 18. Monumentalinszenierung der Serie E. Wagners „Die Walküre“.
Freitag, 19.30 Uhr, als 18. Monumentalinszenierung der Serie E. Wagners „Die Walküre“.

Wissenschaftlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern
Durch Anweisung im Reich warmer Luft strahlungslose Luftströmungen haben in Schlesien die Temperatur ebenfalls um 25 Grad erreicht. Ammerberg bringen die letzten Schichten der 22. Juliannalen die letzten kalten Luftströmungen bringen. Die Temperatur sinkt auf 10 Grad. Die Temperatur sinkt auf 10 Grad. Die Temperatur sinkt auf 10 Grad.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat
Gewerkschaftshaus, Zimmer 102-110
Telefon Nummern 59000-59061
Öffnet außer Sonnabend von 8-1 und 4-7 Uhr
Frauenleiterinnen und weibliche Funktionäre. Dienstag, 20 Uhr, Zimmer 12/14, Sitzung.
Distriktsführer. Donnerstag, den 7. Mai, ab 17 Uhr, Distriktsführer Ruten für die Aufführungen „Der Freischütz“.
Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrt), Sonderkonzertglieder der SAJ. „Der Hauptmann von Köpenick“. Karten von 1 Mark, 1.20 Mark, beschränkte Anzahl zum Preise von 50 Pf.
Für Gewerkschaften im Sekretariat, Zimmer 170, zu haben.
Distriktsführer. Bis Mittwoch, den 6. Mai, sind die Distriktsführer und Referenten nicht mehr besichtigt werden.
Bei den Distriktsführern der Distrikte 30-42 sind Karten für verordneter Versammlung am 7. Mai zu haben.
Süden, Mittwoch, den 6. Mai, 20 Uhr, bei Heiber, Hohenzollernstraße 11, Sitzung.
Distrikt 4. Mittwoch, den 6. Mai, 20 Uhr, bei Kofke, Tarnowskistr. 15, Donnerstag, den 7. Mai, Funktionär- und Parteimitglieder.
Distrikt 17. Dienstag, den 6. Mai, 20 Uhr, findet im Rathaus Bergmannstraße 12, unter Sitzabend statt.
Verteilung Mittelalter. Die Parteigenossen und Genossinnen und Genossen am Mittwoch, den 6. Mai, 20 Uhr, im Jugendheim, Friedstraße 45, zum Vortragsabend des Genossen W. Cohn über: „Karl Marx“.
Abteilung Ohlauer Str. Die S.D. Meute haben am Donnerstag, 18.30 Uhr, am Eingang des großen Saales zur Durchführung des Ordnungsfestes in der Partei-Mitglieder-Versammlung. Genosse Gräffler.
Distrikt 14. Freitag, den 8. Mai, 20 Uhr, bei Heiber, Funktional-Versammlung.

Sozialistische Arbeiterjugend
Engeres Wort und abends. Donnerstag, den 7. Mai, Gewerkschaftshaus.
„Kampf um Breslau“. Der Kampf mit Genossen Landau am Mittwoch, den 6. Mai, im Gewerkschaftshaus.
Die Helme 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 geben Freitag in das Robert-Koch-Haus.
Heim 1. Montag im Heim Schützenstraße 48. Lichtbilder „Im Neuen“, Herbert Kühn spricht.
Heim 2. Mittwoch, 18 Uhr, Baukassier.
Heim 3. Donnerstag, Jugendheim Wilhelmstraße.
Heim 4. Karten für Freitag sind Dienstag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 10-12 Uhr im Heim abzugeben.
Karte Heimen 4. Mittwoch, 20 Uhr, „Winter Erziehung“ in der Zeit von 17-19 Uhr.
Heim 6. Mittwoch. Wegen Verhinderung des Referenten heutiger Schulungsabend um 8 Lage verschoben.
Genossinnen! Genosse 1900 Wachen und Madels kommen als Gäste zum Jugendfest. Ingeborg Arbeit ist bis dahin noch im jugendlichen Alter. Ingeborg Arbeit ist bis dahin noch im jugendlichen Alter. Ingeborg Arbeit ist bis dahin noch im jugendlichen Alter. Ingeborg Arbeit ist bis dahin noch im jugendlichen Alter.

Auswahl für Arbeiterwohlfahrt
Achtung! Die Abrechnung der Mai-Aktionen erfolgt Montag und Mittwoch, von 17-19 Uhr, im Gewerkschaftshaus-Rechnungsbüro.
Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, und bei dem bis 10. Mai stattfindenden Hausammlung zu unterstützen. Hausammlung ist im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Kurze Straße 4, Hof II, in den nehmen. Die Abrechnung erfolgt dann Mittwoch, Freitag und Sonntag im Büro.
Jungsozialisten
Gruppe Krietern im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45, 20 Uhr, spricht in anstehender Schulungsgemeinschaft Genosse Karl Marx, sein Leben und Werk. — Gruppe Ohlauer Str. Jugendwohlfahrt. Montag, 19.15 Uhr, treffen wir uns bei Heiber, Hohenzollernstraße 11, im Jugendheim. — Gruppe Heiber, Hohenzollernstraße 11, im Jugendheim. — Gruppe Heiber, Hohenzollernstraße 11, im Jugendheim. — Gruppe Heiber, Hohenzollernstraße 11, im Jugendheim.

Sozialistische Studentenschaft
Morgentliche Arbeitsgemeinschaft findet wegen der antisozialistischen gebung nicht Freitag, sondern schon Mittwoch, 20 Uhr, im Heim, Straße 28/31, statt.
Sozialistischer Sprech-Bewegungsscho.
Wir proben heute abend im Gewerkschaftshaus.

Freigewerkschaftliches Jugendparität
Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute 20 Uhr folgende Veranstaltungen statt: Heim 1, Lohstraße 29/31: Vortrag: „Leben und Werk“. Referent: Kollege W. K. — Heim 2, Wilhelmstraße 45. Vortrag: „Echte Diffe bei Ungleichheiten“. Referent: Kollege W. K. — Heim 3, Sadowitzstr. 71. Vortrag: „Der Kampf um die Arbeiterwohlfahrt“. Referent: Kollege W. K. — Heim 4, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 5, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 6, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 7, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 8, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 9, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 10, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 11, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 12, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 13, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 14, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 15, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 16, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 17, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 18, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 19, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 20, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 21, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 22, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 23, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 24, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 25, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 26, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 27, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 28, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 29, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 30, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 31, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 32, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 33, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 34, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 35, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 36, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 37, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 38, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 39, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 40, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 41, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 42, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 43, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 44, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 45, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 46, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 47, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 48, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 49, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 50, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 51, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 52, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 53, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 54, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 55, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 56, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 57, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 58, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 59, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 60, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 61, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 62, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 63, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 64, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 65, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 66, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 67, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 68, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 69, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 70, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 71, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 72, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 73, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 74, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 75, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 76, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 77, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 78, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 79, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 80, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 81, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 82, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 83, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 84, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 85, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 86, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 87, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 88, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 89, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 90, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 91, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 92, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 93, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 94, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 95, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 96, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 97, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 98, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 99, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 100, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 101, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 102, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 103, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 104, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 105, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 106, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 107, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 108, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 109, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 110, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 111, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 112, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 113, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 114, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 115, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 116, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 117, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 118, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 119, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 120, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 121, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 122, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 123, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 124, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 125, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 126, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 127, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 128, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 129, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 130, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 131, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 132, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 133, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 134, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 135, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 136, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 137, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 138, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 139, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 140, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 141, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 142, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 143, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 144, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 145, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 146, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 147, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 148, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 149, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 150, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 151, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 152, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 153, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 154, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 155, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 156, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 157, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 158, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 159, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 160, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 161, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 162, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 163, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 164, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 165, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 166, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 167, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 168, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 169, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 170, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 171, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 172, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 173, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 174, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 175, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 176, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 177, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 178, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 179, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 180, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 181, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 182, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 183, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 184, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 185, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 186, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 187, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 188, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 189, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 190, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 191, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 192, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 193, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 194, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 195, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 196, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 197, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 198, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 199, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 200, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 201, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 202, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 203, Lohstraße 29/31. Vortrag: „Jugend und Zeitfragen“. Referent: Kollege W. K. — Heim 204,

Niederschlesischer Provinzialausschuß

Sitzung vom 2. Mai

(Mittler Bericht.) Die erste Sitzung des Provinzialausschusses nach dem Provinziallandtag hatte eine umfangreiche Tagesordnung aus den verschiedensten Verwaltungsbereichen. Zunächst wurden die Verhandlungen über die Wahl der Provinzialverwaltung für die nächsten vier Jahre vorzunehmen. So wurde an Stelle des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Wiesner-Görlich der Herr Dr. Schröder-Görlich in den Verwaltungsrat der Provinzialverwaltung gewählt. Für die am 31. März 1931 ablaufende Amtszeit wurden fünf Mitglieder und Stellvertreter der Provinzialverwaltung zur Erhaltung und Erforschung der Kunstdenkmäler ernannt. Die Dauer der Amtszeit beträgt vier Jahre (1. 4. 1931 bis 31. 3. 1935). Wiederwahl vorgenommen und als Mitglieder: Professor Dr. Seger in Breslau, Professor Dr. Landsberger in Breslau, Domdechant Universität Breslau, Dr. Buchwald in Breslau, Stadtbaurat Dehler in Pleschen, und Staatsarchivdirektor Dr. Berich in Breslau. Als Stellvertreter: Sanitätsrat Dr. Lustig in Breslau, Brinnaberg Dr. Peter Brieger in Breslau, Diözesanarchivar Dr. Metzger in Breslau, Professor Dr. Seppelt in Breslau, Stadtdirektor Professor Dr. H. Hünke in Breslau gewählt.

Ferner stellte der Provinzialausschuß fest, daß für den Provinziallandtag 1931 die Provinzialverwaltung als Hauptorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien einzutreten. Ebenfalls stellte der Provinzialausschuß fest, daß als zweite Vertretung der Provinzialverwaltung in den Provinziallandtag einzutreten Dr. Dietrich-Langenbielau und Major a. D. Dr. H. Hünke, und weiterhin, daß für verschiedene Mitglieder der Provinzialkommissionen die einzelnen Erprobungen einzutreten. An Beihilfen wurden je 1000 Mark an den Niederschlesischen Provinzialverein vom Roten Kreuz und den Arbeiter-Samariter-Bund für die Durchführung der Arbeit im Rechnungsjahre 1931 ausgeschrieben. Ferner wurde für Zwecke der Tuberkulose-Bekämpfung 20.000 Mark zur Verfügung gestellt, die mit 16.200 Mark dem Niederschlesischen Provinzialverein und mit 3800 Mark dem Breslauer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose überwiesen werden. Weiterhin erließ der Provinzialausschuß mit der vorläufig auf die Dauer von fünf Jahren vorgesehene Unterbringung einer Anzahl von ruhigen Geisteskranken in dem Heim des Provinzialvereins für Trinkerheilstätten in Jauer unter besonderen Bedingungen einverstanden und nahm dem Bericht über die Durchführung von Erholungskuren für erwerbsfähige Kriegsgenossen im Rechnungsjahre 1930 Kenntnis und wurde mit der gleichen Einrichtung auch für 1931 einverstanden, wofür wieder nur 15.000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen wurde der Baum-

bestand des auf dem südlich vom Bahnhof Schwoitz gelegenen und östlich wie westlich vom Schwarzwasser umgebenen Grundstückes der „Olex“ Deutsche Benzin- und Petroleumgesellschaft m. b. H. im Umfange des vorgelagerten Planes als Schutzgebiet zur Erhaltung des Baumbestandes im Interesse der Volksgesundheit bestimmt und der Landeshauptmann mit der weiteren Durchführung des Verfahrens beauftragt. Schließlich war eine Reihe von Vorlagen in personeller Hinsicht zu erledigen. Aus diesen ist zu erwähnen, daß der Referent für Statistik und Presse, Dr. Ernst Dietel, endgültig in den Provinzialdienst übernommen und zum Provinzialverwaltungsrat ernannt wurde. Die bei der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Lüben vorhandene Projektorstelle wurde dem dortigen Abteilungsarzt Dr. Töppich übertragen. Aufgabe dieser Stelle soll es sein, das in den Heil- und Pflegeanstalten vorhandene Material in größerem Umfange als bisher der wissenschaftlichen Bearbeitung und Auswertung zugänglich zu machen und damit an der Erforschung und Bekämpfung der Ursachen der Geisteskrankheiten mitzuarbeiten. Die Abteilungsärzte Wilhelm Häfner und Hans Merguet von der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bunzlau und Gerhard Hoppe von der Anstalt Leubus wurden zu Oberärzten ernannt. Provinzialbaurat Dr. H. Hünke wird zur Hauptverwaltung in Breslau zwecks Wahrnehmung der freien Stelle eines Provinzialoberbauamts ernannt. Ferner wurde der Verwaltungsoberinspektor Knoch bei dem Arbeitshaus und der Landespflegeanstalt in Schweidnitz zum Landesbauamtsrat ernannt. Schließlich wurde dem Ersten Pfleger Franz Kaczmarek in Bunzlau aus Anlaß seines 40jährigen Dienstjubiläums ein Ehren-Geldgeschenk unter Ueber-

reichung eines entsprechenden Anerkennungsbriefes bewilligt. Die nächste Provinzialausschusssitzung findet am 15. Juni statt.

Explosion auf dem Hendschacht

In der Nacht zu Sonntag ereignete sich in den Kellerräumen des Hendschachtes in Niederhermsdorf, der zum Konzern der Niederschlesischen Bergbau A. G. gehört, eine Explosion. Die Anlage wurde unmittelbar nach der in ziemlich weitem Umfange hörbar gewordenen Detonation stillgelegt und sofort von der Betriebsleitung besichtigt. Kaum hatte diese die Anlagen betreten, als sich eine weitere Explosion ereignete, die aber ebenso wie die erste, nach offizieller Mitteilung, nur einen kleinen Umfang hatte. Durch die bei den Explosionen ausbrechenden Stichflammen trugen vier Personen Brandwunden davon. Zwei der Verletzten mußten ins Knappschafts-Lazarett übergeführt werden, doch sind ihre Verletzungen nicht ernster Natur. Die Ursache der Explosion wird erst durch eingehende Untersuchungen festzustellen sein.

Glogau, Brücken- und Bahnhofsbaubau. Die städtische Projektstelle teilt mit, daß der Stadt der erhobene Zuschuß für den Brückenbau in Höhe von 500.000 Mark, allerdings verteilt auf die Jahre 1931, 1932 und 1933, zugesichert worden ist. Es ist also zu hoffen, daß mit dem Bau nach in diesem Jahre begonnen werden kann. — Ueber das Projekt des Bahnhofsumbaus wird mitgeteilt, daß nach Ansicht der Hauptverwaltung der Reichsbahn durchaus die Möglichkeit bestehe, mit dem Bau dieselben Jahre in diesem Jahre zu beginnen.

Schrekerbau. Tod am Telegraphenmast. Auf der Jadenstraße verlor der Buchbinder Richter aus Jutta die Gewalt über sein Fahrrad. Er fuhr gegen eine Telegraphenstange, wobei ihm der Schädel zertrümmert und er auf der Stelle getötet wurde.

Wilhelm der Letzte fühlt sich geschädigt

Wilhelm der Davongelaufene hat mangels anderer Bejahung einen Strafantrag an die Staatsanwaltschaft Schwidnitz gerichtet, der erste Befürchtungen für seinen schon stets labilen Gemütszustand aufkommen läßt. Wilhelm fühlt sich nämlich „geschädigt“, nicht etwa wirtschaftlich oder so, nein, eine Sachbeschädigung fürchterlichster Art ist zu seinem Schreden in deutschen Landen verübt worden.

In einer notariellen Zustimmungserklärung zu irgend einer grundbuchlichen Eintragung mußte Herr Wilhelm Hohenzollern unterschreiben, wobei er tief ins kaiserliche Tintenfaß tunkte und

Wilhelm I. R.

(soll heißen: Imperator Reg = Kaiser und König) unterschrieb.

Obwohl nach dem preußischen Adelsgesetz diese Beilegung eines nicht mehr vorhandenen Titels nicht statthaft ist, wurde das Dokument bemerkenswerterweise vom Generalkonsulat im Haag beglaubigt.

In Reichenbach aber fiel einem Amtsrichter auf, daß diese Unterschrift nicht den gesetzlichen Erfordernissen entsprach. Er forderte vom Bevollmächtigten des Exiliars eine richtig unterzeichnete Erklärung und verließ vorher das beantragte Dokument mit einem Ausrufungs- und einem Fragezeichen, wahrscheinlich, um anzumerken, daß hier etwas veranlaßt werden müßte. Diefür stellt Wilhelm nun Strafantrag wegen Sachbeschädigung.

Kommentar gänzlich überflüssig.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Uhren und Goldwaren
G. Glade Bohrauer Straße 11
 Ecke Sadowaststraße
 Uhren und Goldwaren
 Eigene Reparaturwerkstatt
 Leser dieser Zeitung 5% Rabatt!

Eisenwaren
Eisenwaren und Wirtschaftsartikel
 kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei
Noster & Moesner Brüderstraße 38
 Ecke Tauenzienstr.

Fleisch- u. Wurstwaren
Hugo Hentschel Dtsch.-Lass
 Dyhernfurt-Str. 1a
 Fabrik für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilh. Land jr.
 Lehmgrubenstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch-
 und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Matthias-
 Straße 148
 Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Schellniger Str. 23
 Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herdajn-
 straße 106.
 ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Paul Berndt Weißenburger
 Straße 4
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-
 Karlstr. 5
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bekleidung
 Anfertigung eleganter Herren- u. Damengarderobe
 nach Maß, Garantie für gut. Sit., niedrigste Preise.
 Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen.
Gustav Starz, Breslau
 Oelsner Str. 15 (Nähe Waterlooplatz) / Tel. 43100

Fahrräder und Reparaturen
Fahrradhaus P. Schlape Tauenzien-
 straße 148
 Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten

Fahrradhaus „Frisch auf“
 Nikolaistraße 78/79
 Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes, Solidarität.

Karl Borst jun. Steinauer
 Straße 12a
 Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
 Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet.

Karl Kapelle Steinauer Straße 31
 Fahrradhandlung
 Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Motorräder

Kaufhäuser
Kauft bei Blasse
Blasse ist billig
 Nur Graupenstraße

Oskar Baum Sternstraße 77
 Ecke Hedwigstraße
 Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche
 Schürzen — Strümpfe — Handschuhe
 — Kleider- und Wäschestoffe —

Metallbettstellen, Matratzen
Beler & Olowinsky
 Breslau, Herrndstraße 31
 Auch gegen monatliche Katenzahlungen ohne Aufschlag.

Wäsche, Berufskleidung
Leinenhaus Gotthard Völkel
 Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)
 Gute Berufskleidung und Wäsche
 Eigene Anfertigung

Zigarren, Zigaretten
Wilhelm Gondok Oelsnerstraße 13
 Telefon 4425
 Zigarren, Zigaretten, Tabak, anerkannt beste Qual.

Molkerei-Produkte
Alsen-Molkerei Fernruf
 532 95
 Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
 Milch, nach dem neuesten Verfahren dauer-
 pasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Emanuel Ksoll Tel.
 592 24
 empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u.
 Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei.
 Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle
 Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften.
Alsenstraße 21 und Lehndamm 2.

Central-Dampfmolkerei Bettlern
 Hermann-Walter
 Städtgeschäft: Gabitzstraße 39
 Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebs-
 einrichtung. Spez.: Schlagahne, Fettkäse u. Quarg.

Verlangen Sie stets und ständig die guten, schmack-
 haften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige,
 tiefgekühlte, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei
Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch
 Fernruf 547 10
 In sämtlichen durch unsere
 Plakate gekennzeichneten Spezial-
 geschäften erhältlich

Fettreiche Vollmilch
 garantiert 8% Fett, sowie Schlagsahne, Kaffeesahne
 und sämtliche Molkereiprodukte offeriert:
Molkerei Herrmann, Kreuzburgerstr. 22 Telefon
 265 26

Bäckereien und Konditoreien
Richard Scholz
 Bäckerei und Konditorei — Blücherstraße 27

Ernst Glatz
 Bohrauer Str. 37
 Telefon 303 94
**Bäckerei
 und Konditorei**

Druckerei Volkswacht Ausführung
 aller Druckarbeiten
 Breslau 2, Kluckstraße 4/8

Schuh- und Lederwaren
InuhVogel
 Scheffniger Straße Nr. 12
 Friedrich-Wilhelm-Straße 66

Emil Kämpf Fried.-Wilhelm-
 straße 81
 empfiehlt Offenbacher Lederwaren,
 Koffer, Schultaschen u. Aktenmappen
 zu billigsten, aber festen Preisen.

Die Genossen kaufen gut im
Schuhhof, Bohrauer Str. 71
 Reell u. billig!

Oswald Grunwald
 Tel. 215 78 Tauenzienstraße 130 Tel. 215 78
 Lederhandlung • Zigarren • Zigaretten • Tabak

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutsche, überall empfohlen
Albert Gutsche Breslau, Reusmstr. 32, 33
 Telefon 250 92
 Bekannt leistungsfähige Leder- u. Schuhbedarfsartikelhandlung, Schlesiens
 Größtbesitzer Str. 19, 21 Moltkestr. 14 Bohrauer Str. 27 Poststr. 7

Gaststätten u. Gasthöfe
Julius Rauchfuss, Scheffniger Str. 33
 Zuletzt Mitinhaber der aufgelösten Firma Brennerel Waeher
 Inhaber: Richard Julius Rauchfuss. — Keine Filiale.
 Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

Drei Worte...
Waldhofbitter Schuber! Breslau 5

„Zur Stadt Berlin“
 Inh.: Hermann Kipke Frankfurter Straße 72

Trinkt Nilschke-Crème
 anerkannt vorzüglich

Pfandhäuser
Beleihung von
 Wäsche • Betten • Kleidungs-
 stücken • Gold- u. Silberwaren
Julius Grundmann Treibitzer
 Straße 21

Geld auf Pfänder
Leihhaus Rose
 Friedrich-Wilhelm-Straße 67, Telefon 536 12
 u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396 24

Dem unbekanntem Funktionär

Das neue Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

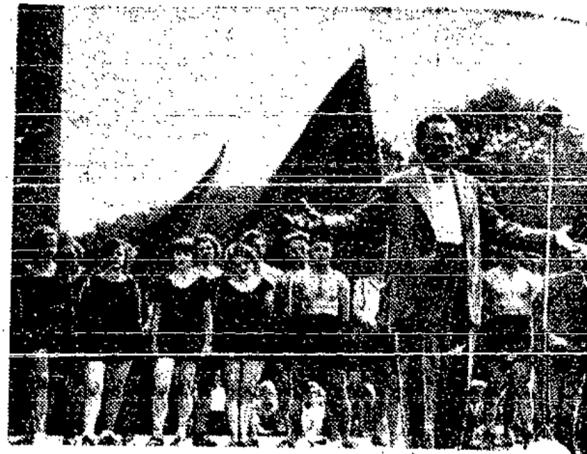
In diesen Tagen erscheint das Jahrbuch 1930 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, herausgegeben vom Parteivorstand. Zum fünftenmal berichtet in dieser Form die politische Massenorganisation der deutschen Arbeiterklasse vor aller Öffentlichkeit über den Stand der Bewegung, über ihre finanziellen Verhältnisse, über die Entwicklung ihrer Einrichtungen, über ihre Teilnahme am öffentlichen Leben, über ihre Mitwirkung bei der Gestaltung des proletarischen Einzeldaseins. Das Jahrbuch gehört gewiß nicht zu den Schriften, die der Unterhaltung und der Kurzweil gewidmet sind, und auf den ersten Blick möchten die in ihm enthaltenen Berichte und Tabellen einen trockenen und sachlichen Eindruck erwecken. Aber lies dich in das Buch hinein und bald wird sich auch dir diese scheinbare Sachlichkeit in einen Hymnus von fortreibender Gewalt wandeln. Es ist das Hohelied auf den unbekanntem Funktionär, das aus diesem Jahrbuch erklingt. Es ist die Anerkennung der Arbeit von Hunderttausenden Frauen und Männern, die hier Gestalt wird. Jener Arbeit, die von namenlosen, stets opferbereiten und nie ermüdenden Massen geleistet wird, niemals für die eigene Person, immer für das Ganze, für die Gemeinschaft. Was die Sozialdemokratische Partei wurde, was sie heute ist, das verdankt sie dem unbekanntem Funktionär.

dem zweiten Platz begnügen muß. Es folgen die Bezirke Dresden mit 55 692, Schleswig-Holstein mit 55 193, Franken mit 54 976, Magdeburg mit 54 293, Hannover mit 47 724, Thüringen mit 42 857, Leipzig mit 42 749, Breslau mit 41 701 Mitgliedern.

Alte und Junge brüderlich vereint!

Hat man uns nicht nachgesagt, unsere Partei sei überaltert, die Jugend finde nicht mehr den Weg zu uns? Hat man nicht behauptet, unsere Partei sei keine Arbeiterpartei mehr, die Mitglieder kämen vorwiegend aus gehobenen Berufsstellungen? Die Antwort darauf gibt eine Erhebung, die der Parteivorstand im vorigen Jahre vorgenommen hat. Hier ist das Ergebnis:

Die Erhebung erstreckte sich auf drei verschiedene Gruppen von Ortsvereinen. Sie wurden veranstaltet in 17 Ortsvereinen mit je 1000 und mehr Mitgliedern, in 138 Ortsvereinen mit je 100 bis 1000 Mitgliedern, in 238 Ortsvereinen mit bis zu je 100 Mitgliedern. Es sind also in 393 Ortsgruppen insgesamt 117 247 Mitglieder von der Erhebung erfaßt worden. Es stellte sich nun heraus, daß 59,48 Prozent der Mitglieder Arbeiter, 10,02 Prozent



Otto Wels spricht zur Jugend (»Roter Tag« in Gerdau)

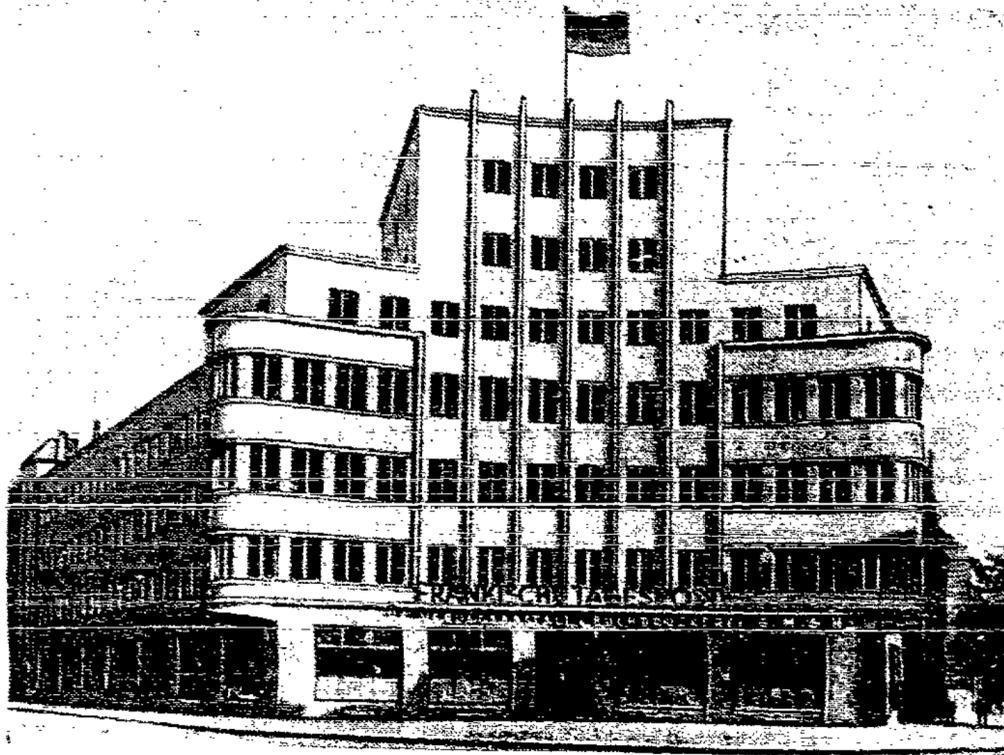
Arbeit für das Volksganze

Im Deutschen Reichstag, in den Parlamenten der Länder, den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäten, sitzen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen. So umfassen die Berichte des Jahrbuchs über die parlamentarische Tätigkeit der Partei ist, so können sie doch nur einen kleinen Ausschnitt daraus geben. Im vergangenen Jahre wurden als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Reich, in den Ländern und Gemeinden gezählt:

Reichstag	143
Landtag	519
Provinziallandtage	445
Kreistage	4 573
Stadtverordnete	8 924
Gemeindevertreter	38 892

Außerdem waren 870 Sozialdemokraten als Bürgermeister, 1261 als Gemeindevorsteher und 437 als Beigeordnete oder Stadträte tätig.

So erfreulich diese Zahlen an sich auch sind, so deutlich auch zeigen, wie stark der Einfluß der Arbeiterklasse auf das öffentliche Leben geworden ist, so müssen sie doch auch in ihrem Verhältnis zu den anderen Parteien gewürdigt werden. Und daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei



Das neue Druckereigebäude in Nürnberg

100 000 neue Kämpfer!

Die Entwicklung seit 1929

Zunächst einige Zahlen: Anfang 1929 gab es in Deutschland 1 400 000 Erwerbslose. Anfang 1930 stieg ihre Zahl auf 2 763 000. Ende 1930 betrug sie 4 357 000. In dieser Zeit der schwersten wirtschaftlichen Bedrückung hat die Sozialdemokratische Partei ihren Mitgliederbestand nicht nur gehalten, sie konnte ihn sogar noch wesentlich erhöhen. Am 1. Januar 1929 waren 937 381 Männer und Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert, am 1. Januar 1930 war ihre Zahl auf 1 021 777 gestiegen, am 1. Januar 1931 stand sie auf 1 037 384, davon 809 196 Männer und 228 278 Frauen. Seit dem Bericht für den Magdeburger Parteitag vor 2 Jahren betrug also der Zugang an Mitgliedern 100 000, davon entfielen auf das Jahr der schwersten Wirtschaftskrise 15 607. Seit Anfang dieses Jahres ist unter der vom Parteivorsitzenden Otto Wels herausgegebenen Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ diese Zahl noch weiter gestiegen.

Die Sozialdemokratische Partei wächst in die Breite, sie geht aber auch in die Tiefe. Seit dem Magdeburger Parteitag sind 925 neue Ortsgruppen gebildet worden, ihre Zahl betrug Ende 1930 9844. An dieser Steigerung sind alle Bezirke des Reiches beteiligt, und als erfreuliches Zeichen für die Aktivität der Bewegung kann berichtet werden, daß der agrarische Bezirk Ostpreußen mit der Neugründung von 56 Organisationen an der Spitze steht. Der Größe nach kommt diesmal der Bezirk Berlin mit 76 886 Mitgliedern zuerst; er hat Hamburg überholt, das früher die erste Stelle inne hatte und jetzt mit 74 482 sich mit

Angestellte sind. Rechnet man dazu noch 4,64 Prozent Invaliden und Kriegsbeschädigte, sowie 17,14 Prozent Hausfrauen, so entfällt nur noch ein Bruchteil von 8,72 Prozent auf andere Berufsgruppen. Unter ihnen sind dann noch 4,17 Gewerbetreibende und Landwirte und 3,7 Prozent Beamte; aber auch diese beiden Gruppen dürften wohl zum allergrößten Teil rein proletarische Kreise umfassen. Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt demnach die Partei des arbeitenden Volkes.

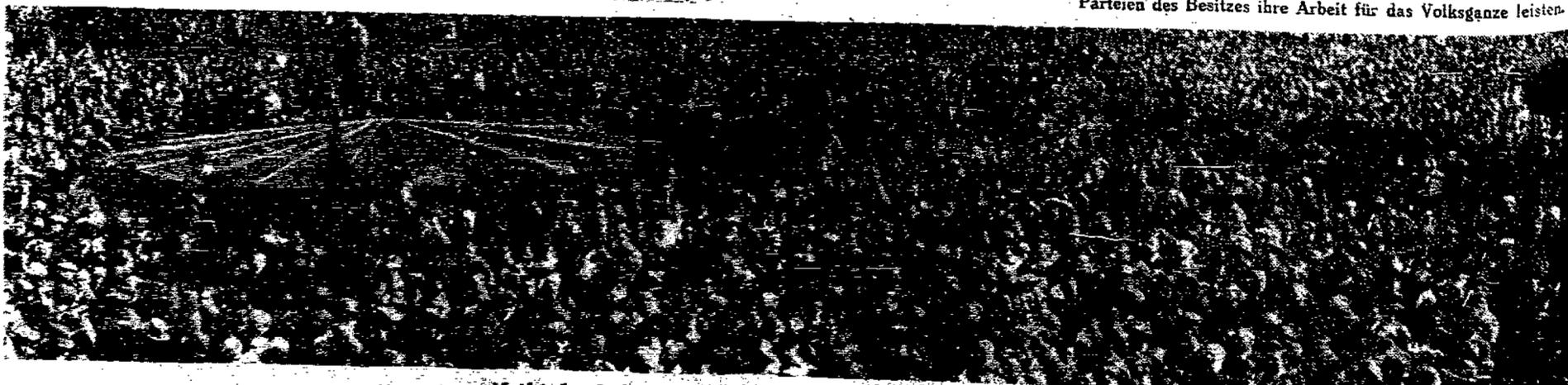
Und weiter: Im Alter bis zu 30 Jahren standen 18,16 Prozent, also fast der fünfte Teil der Mitgliedschaft. 26,47 Prozent der Mitglieder waren 30 bis 40 Jahre alt. Die Hälfte der Parteimitglieder sind also jüngere Leute. Man wird aber auch die ihnen folgenden Gruppen zwischen 40 und 50 Jahren, die 27,26 Prozent der Mitgliedschaft ausmachen, nicht als ein Zeichen der Ueberalterung der Partei ansehen können. Das Jahrbuch stellt fest: Die Partei ist jugendfrisch und kampfbereit.

Wir haben die Jugend, aber sind auch stolz auf unsere Alten! 20,6 Prozent der Mitglieder gehören der Partei schon mehr als 15 Jahre an. Sie sind der Kern der Bewegung, der in vielen Kämpfen erprobte Sturmtrupp des Proletariats. Die Alten und die Jungen, brüderlich vereint, sie schlagen die großen Schlachten im politischen Leben, sie kämpfen Mann gegen Mann um jeden Zoll des Weges, den die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gehen muß. Das sind jene Massen, von denen vor einigen Jahren der bolschewistische Führer Eugen Varga schrieb, daß sie „in einer fanatischen, um nicht zu sagen, fast bornierten Treue, zumeist durch alle Stürme hindurch, den Glauben an ihre Partei nicht verloren haben.“



Naturwissenschaftliche Studienreisen in Tirol veranstaltet vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (Vortrag über Gebirgsbildung)

weder im Reichstag noch in den einzelnen Landtagen eine Mehrheit hat, und daß infolgedessen deren Entscheidungen in stärkerem Maße von den Vertretern der besitzenden Klassen als von denen des Proletariats beeinflußt werden. Dagegen hat die Sozialdemokratie in einer größeren Anzahl von Gemeinden bereits die Mehrheit errungen und hier kann sie dann, soweit es die Reichs- und Landesgesetze zulassen, ungehindert durch die Parteien des Besitzes ihre Arbeit für das Volksganze leisten.



Maifeierkundgebung der Berliner Gewerkschaften im Lustgarten

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

N. B. gegen die Arbeitgeber von Nordwest

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat die Rahmenanforderung des Arbeit-Verbandes Nordwest einstimmig folgende Forderungen angenommen:

Die Funktionäre des Deutschen Metall-Verbandes und der am Tarifvertrag der Eisen- und Stahl-Industrie beteiligten freien Gewerkschaften besuchte die nordwestliche Gruppe der Arbeiter in der Zeit seit der Festlegung der Währungs-Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie trotz enormer Leistungen. Die Arbeitgeber Nordwest waren die im vorigen Jahre den Lohnabbau durchgeführten, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die weitere Entlassung der Arbeiter war die Folge. Jetzt rütteln sie an den Grundlagen des Tarifvertrages. Der Urlaub für die schwer- und mittelstarke Arbeiter im ganzen Reich gleichfalls um die Hälfte zu werden, das Hausgeld und Kindergeld für den öf-feren Teil der Familienmitglieder ganz beseitigt und die durch zahlreiche Feiertagen geschädigte Arbeiter durch einen weiteren Abbau der Akkord-Lohnverdienste um 20 Prozent geschnitten werden. Die Konferenz steht einmütig hinter den Forderungen der Arbeiter und beauftragt sie, alles anzu-ordnen, was bei einer eventuellen Schlichtung diesen unerhörten Forderungen nicht stattgegeben wird.

Die Funktionäre des Bulab in der Eisen-Industrie Nordwest haben an den Reichsarbeits-Beirat ein Telegramm gerichtet, worin der Schieds-Beirat vom 24. April entschieden abgelehnt wird. Die Arbeitgeber in Kooperation ohne Rücksicht auf die Kündigung-Verfahren erwarten.

100 Arbeiter in der Bremischen Tabakindustrie entlassen

Unter Berufung auf die neue Tabakverordnung des Reichs-Parlamentes haben die Großbetriebe der Bremischen Tabak-Industrie 100 Arbeiter und Angestellte entlassen. Weitere Ent-lassungen sind bevorstehend.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau

Die am Montag in Essen stattgefundenen Schlichtungs-Verhandlungen zur Neuordnung des Rahmen-Vertrages des Ruhrbergbaus brachten, wie vorausgesehen, noch kein Ergebnis. Sie werden am Mittwoch fortgesetzt. Die beiden Parteien stehen einander schroff gegenüber. Die Meinung der Unternehmer, die tarifliche Schlichtung zu verlängern, ist von den Bergarbeitervertretern als Aktion gegen die Arbeitszeitverkürzung charakterisiert. Sie fordern eine Erhöhung der Mindestlohnrate um 15 Prozent.

Arbeitszeitverkürzung in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

In der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist ein neuer Mantel-Vertrag abgeschlossen worden, dessen wichtigster Bestandteil ein Zu-nehmen über die Arbeitszeit ist. Datin wird mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende Arbeitslosigkeit die reguläre wöchent-liche Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden herabgesetzt und die Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden herabgesetzt und die Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden herabgesetzt. Das neue Abkommen gilt für unbestimmte Zeit und ist mit vier-und-fünfzig Tagen zum Monatsende kündbar. Es hat zum Ziel, Entlassungen zu vermeiden und Einstellungen von Arbeitskräften zu ermöglichen.

Die 40-Stundenwoche in städtischen Betrieben

Auch Schwerin will sie einführen

Der Ortsausschuss der freien Gewerkschaften in Schwerin hat an den Rat der Stadt die Forderung gerichtet, in den städtischen Betrieben die 40-Stunden-Woche einzuführen. In der Stadtverordnetenversammlung hat sich eine Mehrheit für die Einführung der 40-Stunden-Woche ergeben. Die sozialistischen Fraktionen erklärten, sie ständen der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden sympathisch gegenüber. Die Sozial-Vertragsparteien verlangten, daß zugleich mit der Einführung der 40-Stunden-Woche natürlich auch ein entsprechender Lohnausgleich erreicht werden müsse; denn die Löhne könnten nicht noch weiter gesenkt werden. Der Bürgermeister betonte, die Haupt-herausforderung liege auf finanzieller Gebiet. In unterrichteten Kreisen hält man es für durchaus möglich, daß Schwerin dem Beispiel von Berlin und Hamburg folgt und die 40-Stunden-Woche einführt.

Entlassung von Betriebsratsmitgliedern!

Eine Textilarbeiterin klagte vor dem Breslauer Arbeits-Beirat als Betriebs- und Arbeiterratmitglied auf Festsetzung ihrer Arbeitsverhältnisse weiter bestrebt. In Kenntnis der Bestimmungen des § 96 des Betriebsvertrages hatte man die Entlassung durchgeföhrt, weil sie zu spät zur Arbeit gekommen war. Da die Klägerin aber zum Betriebs- und Arbeiter-Beirat gehörte, mußte der Arbeitgeber beide Körperschaften um Zu-stimmung anfragen. Dieses hatte die Firma nur beim Betriebs-Beirat eingeholt und so wurde die fristgemäße Kündigung rechtsunwir-ksam. Der Arbeitgeber ist nur verbunden von der Zustimmung des Betriebsrats zur fristlosen Entlassung, wenn ein gesetzlicher Grund vorliegt. Diese gesetzlichen Gründe zählt § 123 der Betriebs-Verordnung auf, unter denen Unpünktlichkeit als gesetzlicher Grund zur fristlosen Entlassung nicht enthalten ist. Die Klage, gestützt auf § 611 BGB., wurde als begründet anerkannt und die Firma zum Rückruf der Kündigung verpflichtet. Die Klage wurde abgewiesen, weil die Klägerin ihren Lohn verlangen wollte. Der Arbeitsrat erging dahin: „Die Firma wird verurteilt, an der Klägerin den vollen entgeltlichen Betrag in Höhe von 1000 Mark zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.“

„Arbeitszeitverkürzung“ am grünen Tisch

Stegertwald geht wieder mal quer

Die Arbeitszeitverkürzung ist so notwendig wie das tägliche Brot. Auch in Arbeitgeberkreisen sieht man das all-mählich ein. Was tut aber der Reichsarbeitsminister? Er bestärkt noch die Unbelehrbaren im Arbeit-geberlager in ihrem Widerstand gegen die Arbeitszeit-Verkürzung. So hat er trotz einmütigen Protestes der Vertreter der Metallarbeiterverbände einen Schiedspruch für die Metallindustrie des Sauerlandes (Weßfalen) für verbindlich erklärt, der die „regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden“ festlegt, den einzelnen Arbeitgebern jedoch das Recht zur Festsetzung der Mehrarbeit „bis zu 101 Stunden im Jahr“ anzuordnen.

Man muß beachten, daß es sich in der Hauptsache um kleine und mittlere Betriebe der Metallindustrie handelt. Es bestehen z. B. in Süddeutschland allein 416 und in Preußen 562 solcher Be-triebe. Eine Kontrolle darüber, ob die im Schiedspruch vor-gezeichnete Anordnung des Arbeitgebers sich als notwendig er-weist, ist also einfach unmöglich. Zu bedenken ist ferner, daß,

wenn auch nach dem Schiedspruch, die Mehrarbeit nicht mehr als zwei Stunden täglich betragen darf, trotzdem eine wöchentliche achtstündige Arbeitszeit für ungefähr neun Wochen möglich ist. Auch hat der Spruch die bisherige Arbeitszeitregelung für wechselnde Betriebe nicht geändert, so daß für die Arbeiter solcher Betriebe eine achtstündige wöchentliche Arbeitszeit möglich wird. Aus diesen Gründen wurde das Reichsarbeitsministerium dringend ermahnt, die von den Unternehmern beantragte Ver-bindlichkeitsklärung des Schiedspruches abzulehnen.

Wenn der Reichsarbeitsminister trotzdem dem Unternehmer-antrag stattgegeben hat, dann bestärkt das auf neue die in den Gewerkschaften vorherrschende Auffassung, daß der Vorschlag der Braunkohlenkommission zur Arbeitszeitverkürzung nichts anderes als eine schöne Deklamation darstellt, denn die Unternehmer werden sich jetzt auf diese Verbindlichkeitsklärung berufen, um den Nachweis zu führen, daß auch der Arbeitsminister gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sei.

Der 14. September

Wie er im Reichsbankspiegel aussieht

Die Reichsbank wird auch in diesem Jahr eine Dividende von 12 Prozent verteilen. Sie wird auch dem Reich, auf Grund der immer wieder von der Sozialdemokratie geforderten, für die Reichskasse günstigeren Gewinnregelung, eine höhere Summe als im Vorjahr zuführen. Die Reichsbankgewinne sind aber gegenüber dem Vorjahr stark gesunken. Die Beibehaltung der alten Dividende und die größere Gewinnzuführung an das Reich sind nur deshalb möglich, weil Rückstellungen, die im vorigen Jahr gemacht worden sind, diesmal nicht vor-genommen werden.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Reichsbank ausschließlich mit der Katastrophe auf den Geld- und Kapital-märkten beschäftigt, die nach den Reichstagswahlen vom 14. September deshalb einsetzte, weil alle Welt, insbesondere das Ausland, einen Putsch befürchtete. Der Reichsbankbericht bietet hier eine beherzigenswerte Lektüre für solche Wähler, die am 14. September nationalsozia-listisch gewählt haben. Der Bericht der Reichsbank geht davon aus, daß sich am Geldmarkt während der ersten Hälfte des Jahres 1930 der schon Ende 1929 an den internationalen Märkten feststehende Abbau der hohen Zinssätze auch in Deutschland fortsetzte. Unmittelbar nach der Jahreswende 1929/30 trat eine deutliche Entspannung ein. Die Zinssätze des offenen Geld-marktes sanken bei geringer Frühjahrshebung der Wirtschaft bis zum August fast ununterbrochen. So konnte die Reichsbank ihren Zinssatz von 7 auf 4 Prozent heruntersetzen. Das war die umfangreichste Zinssenkung, die in Deutschland während der letzten Währungsperiode vorgenommen werden konnte. Der Reichsbankdiskontsatz ermäßigte sich binnen 6 Wochen um 75 %. Diese Entwicklung kam durch besondere Abkommen, vor allem den agrarischen Provinzen, z. B. Ostpreußen, wo andererseits be-sonders tüchtig nationalsozialistisch gewählt wurde, zugute. Die Reichsbank konnte auch den Reichsfinanzen beizugehen, weil die flüssige Lage des Geldmarktes gestärkte, größere Posten un-terzinsliche Reichsschatkauerweisungen mit einjähriger Laufzeit unter-zubringen. Das war eine fühlbare Erleichterung für das Reich. Am 14. September trat der Wendepunkt ein. „Die Reichstagswahlen im Herbst 1930 mit ihrem starken Zuwachs der radikalen Parteien riefen“, so stellt der Reichsbankbericht fest, „schwere Befürchtung im In- und Ausland hervor und führten zu Kreditkündigungen des Auslandes und zu Kapitalfluchterscheinungen“. Die Reichsbank gibt in ihrem Bericht zu, daß sie in dem durch die Reichstagswahlen ent-wickelten Sturm eine Milliarde an Gold und Devisen verlor. Während die Senkung des deutschen Zinssatzes im ersten Halbjahr 1930 auf die Anleihefreudigkeit des Auslandes ohne Wirkung blieb, zeigten sich schon während des Wahlkampfes stärkere Geldabflüsse, die nach dem Ausfall der Wahl kri-tischenhaften Ausmaß annahmen. So gelangten allein in der Zeit vom 21. September bis 12. Oktober 386 Millionen Gold in Paris und 52 Millionen Gold in Amsterdam zum Verkauf. Der deutsche Devisenkurs litt stark und die Ereignisse am Devisenmarkt im September und Oktober 1930 ließen mit Deutlichkeit die Gefahren der hohen kurzfristigen Auslandsschuldung Deutschlands, die wie ein Alp auf die deutsche Wirt-schaft und Politik drückt, mit aller Deutlichkeit in Erscheinung treten.“

Der Abzug von Pfandbriefen nach dem Ausland floß völlig. Die Reichsbank stellt mit berechtigtem Stolz fest, daß sie dem Sturm gewachsen war. Deutschland bezahlte aber aus-gerechnet den Erfolg einer Bewegung mit einem Heraufgehen des Zinssatzes, die von Leuten angezettelt wurde, die in der Deutlichkeit vorgaben, die hohen Zinsen abbauen zu wollen. Auch sonst ließ sich der angerichtete Schaden, den eine starke Krediteinbuße, Zinsverteuerung und eine verheerende Börsen-entwicklung widerspiegeln, nicht ungeschehen machen.“

Die Reichsbank hat dem Sturm vom 14. September 1930 getrotzt. Aber man fragt sich mit Bangen, was gekommen wäre, wenn das nicht der Fall sein würde und man kommt wieder zu dem alten Schluß: Wenn eine Einzelperson jemand schädigt, dann greift der Strafrichter ein. Wenn aber gewissen-lose Agitatoren dem ganzen Volk unermesslichen Schaden zufügen, dann begnügt man sich in Deutschland mit einer nachherigen statistischen Feststellung. Dann gibt es sogar noch eine Justiz, die solche Amotikäufer schützt.

Die Gesamtsumme der Zinsen betrug 861.807,2 Millionen Mark gegenüber 911.471,3 Millionen im Vorjahr. Der Geldbestand verringerte sich von 2283 auf 2215 Millionen Mark. Die Bestände an Deckungsdevisen — es handelt sich um die von der Bank zur Golddeckung des Notenumlaufs heran-gezogenen Devisen — betrugen Ende Dezember 1930 = 469,2 Millionen gegenüber 403,5 Millionen Ende Dezember 1929. Der Wechselkurs der Reichsmark verringerte sich von 2607,7 Millionen Ende 1929 auf 2365,6 Millionen Ende Dezember 1930. Die Com-bardbestände erhöhten sich von 250,3 Millionen auf 256,0. Um den Druck zu charakterisieren, den die Reichsbank nach den Reichstagswahlen auszuhalten hatte — man bestreute die Kapitalflucht durch Inanspruchnahme des Reichsbankkredits zu finanzieren — sei darauf hingewiesen, daß die Wechselbestände Ende August 1930 1,7 Milliarden Mark ausmachten und bis Ende Oktober auf 2,5 Milliarden angesetzt waren. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging von 5043,6 Millionen Ende 1929 auf 4778,2 Millionen zurück, woraus auch die unbefriedigende Entwicklung der Wirtschaft ersicht. Im Durchschnitt des Jahres 1930 waren die Noten durch Gold allein mit 56,1 Prozent (1929 = 51,3) und durch Gold und Deckungsdevisen mit 64,3

(1929 = 56,9 Prozent) gedeckt. Der gesamte Zahlungs-mittelumlauf verringerte sich von 6612,9 Millionen Ende Dezember 1929 auf 6399,5 Millionen.

Der Rohgewinn stellt sich auf 127 Millionen Mark gegenüber 170,2 Millionen Mark im Vorjahr. Die Abnahme er-klärt sich aus der Senkung der Zinssätze und der Verminderung des Umlages. Die Verwaltungskosten machen 86,5 Millio-nen aus gegenüber 88,3 Millionen im Vorjahr. Im Vorjahr wurden jedoch besondere Rückstellungen gemacht, so 31 Millionen besondere Rücklage für die Erhöhung des Grundkapitals, die jetzt durchgeföhrt ist. So stellen sich die Ausgaben im vorigen Jahr auf 144,7 Millionen. In diesem Jahr dagegen n-auf 87 Millionen, da man vor besonderen Rückstellungen ge-sehen hat. Es verbleibt ein Reingewinn von 40 Millionen (1929 = 25,5 Millionen), dessen Verteilung nach der Neu-regelung im Bankgesetz erfolgt. 10 Prozent = 4 Millionen (1929 = 2,9 Prozent = 5,1 Millionen) fließen in den gesetzlichen Reservefonds. Dem Reich fallen 18 Millionen (1929 = 5,3 Millio-nen) zu. Allerdings muß der Reichsanwalt zur Tilgung um-laufender Rentenbankcheine benutzt werden, wozu die Land-wirtschaft auf Grund der Notverordnung profitiert. Für die Aktionäre verbleiben 15 Millionen (1929 = 15,1 Millionen). Die Zusammenlegung der Aktienäre (10 193 Kündler mit 1.004 Millionen Anteilen zu 100 Mark und 1282 Ausländer mit 223 000 Anteilen zu 100 Mark) hat sich so gut wie nicht geändert. Die Zahl der Beamten verringerte sich von 9841 Ende De-zember 1929 auf 9783 Ende 1930.

Die Zahl der Beamten verringerte sich von 9841 Ende De-zember 1929 auf 9783 Ende 1930.

Der deutsch-österreichische Außenhandel

Das Institut für Konjunkturforschung macht interessante Angaben über den Außenhandel zwischen Deutsch-land und Oesterreich. Der Anteil Deutschlands an der österreichischen Ausfuhr betrug 1930 = 17,6 Prozent gegenüber 11,6 Prozent im Depressionsjahr 1926 und 13,1 Prozent im Hoch-konjunkturjahr 1928. Der Anteil Deutschlands an der öster-reichischen Einfuhr hat sich seit dem Tiefstand 1924 von Jahr zu Jahr erhöht; er betrug im Jahre 1930 21,3 Prozent gegenüber rund 15 Prozent im Jahre 1924.

Ausgangspunkt der Bedeutung hat der deutsche Markt für die Ausfuhr der österreichischen Rindviehzucht, des Buchgewerbes und des Kraftfahrzeugbaus. Sehr hoch ist auch der Anteil Deutschlands an der österreichischen Aus-fuhr von Holz, Lederwaren, Metallen, Erzeug-nissen der Eisen- und metallverarbeitenden In-dustrien sowie einer Reihe von Textilwaren. Einige andere wichtige Ausfuhrwaren Oesterreichs, vor allem Papier und Papierwaren, Seide und Seidenwaren, Baumwollwaren und Wollwaren werden nur in geringen Mengen in Deutschland ab-gelehrt.

Auf dem deutschen Markt stehen die österreichischen Waren in schwerem Wettbewerb mit den Erzeugnissen anderer Länder. Insgesamt liefert Oesterreich nur 1,5 Prozent der deutschen Ge-lamteinfuhr, von der Fertigungsgüter 4,5 Prozent. Dabei haben aber einige österreichische Industriezweige einen sehr viel höheren Anteil an der Befriedigung des deutschen Einfuhr-bedarfs (Buchgewerbe, Konfektion, Metallindustrie, elektro-technische Industrie, Automobilbau).

Oesterreich nahm im Durchschnitt der letzten Jahre rund 3,3 Prozent der deutschen Gesamteinfuhr auf. Allerdings weist die deutsche Statistik für die Ausfuhr nach Oesterreich größere Posten auf als die österreichische Statistik für die Einfuhr aus Deutschland. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß ein Teil der von Deutschland als Ausfuhr nach Oesterreich ausgewiesenen Waren durch Vermittlung des österreichischen Handels nach dem Balkan weitergeleitet wird, in Oesterreich also nur als Durchfuhr erscheint. Deutschlands Anteil an der österreichischen Einfuhr betrug durchschnittlich etwa 10 Prozent. Von dem großen Aufschubbedarf an Nahrungsmitteln liefert Deutschland fast gar nichts, selbst Zucker wird fast ausschließlich aus der Tschechoslowakei bezogen. Den hohen Brennstoffbedarf Oesterreichs befriedigt Deutschland nur zu einem kleinen Teil.

Größeren Anteil hat Deutschland an der Belieferung Oester-reichs mit industriellen Fertigwaren: Leder ein Drittel der österreichischen Fertigwareneinfuhr kommt aus Deutschland. Erzeugnisse der deutschen Industrie sind entscheidend an der Einfuhr von Maschinen, Metall-waren, Chemikalien, Leder- und Papierwaren be-teiligt. Bei anderen Waren wird Deutschland dagegen von seinen Konkurrenten, vor allem von der Tschechoslowakei, bei weitem übertroffen. Dies gilt vor allem für die meisten Textil- und Konfektionswaren, sowie für Glas- und Tonwaren; auch auf dem Eisenwarenmarkt ist die Stellung der Tschechoslowakei sehr stark.

Konkurse im April

Die Zahl der Konkurse wird für den Monat April mit 972 angegeben gegenüber 1240 im Vormonat. Die Vergleichs-verfahren sind ebenfalls zurückgegangen, und zwar von 662 auf 655. Gestiegen sind unter anderem die Konkurse im Bekleidungs-gewerbe (von 46 auf 49). Dagegen zeigten die Konkurse im Baugewerbe wieder einen Rückgang (33 gegen-über 52).

Auffreherregender Mord an einem Gerichtsdienner

Ein Auffreherregender Mord wurde gestern nachmittag kurz nach 6 Uhr in Malchow (Mecklenburg) entdeckt. Der pensionierte Gerichtsdienner Glaesfel wurde im Arbeitsraum des Fabrikanten Jonas ermordet aufgefunden. Nicht weit von der Leiche lag eine schwere Eisenstange, mit der der Mord offenbar ausgeführt worden ist. Als Täter kommt mit größter Wahrscheinlichkeit der Fabrikant Jonas in Frage, der seit etwa einem halben Jahre in Untersuchungshaft s. Glaesfel hatte die Aufgabe, die Arbeiten des Jonas alias Graf Hohenau zu überwachen. Jonas hatte seinerzeit durch die Behauptung, er könne mittels eines besonderen Apparates Wasserstoffgas aus Wasser erzeugen und mit Hilfe dieses Wasserstoffgases eine verbilligte Fernheizung herstellen, eine Anzahl Geldleute dazu verlockt, sich mit Kapitalien an seinem Unternehmen zu beteiligen, wurde jedoch unter dem Verdacht, ein Schwindler zu sein, verhaftet. Jonas bot darauf den Untersuchungsbehörden an, den Beweis für seine Behauptung anzutreten, worauf ihm vor mehreren Wochen gestattet wurde, unter Aufsicht des Gerichtsdienners Glaesfel die zur Ausführung seines Versuches notwendigen Arbeiten auf seinem Grundstück in Malchow zu verrichten. Als nun gestern nachmittag bis 5 Uhr weder Jonas noch Glaesfel nach dem Untersuchungsgefängnis zurückgekehrt waren, suchte man auf dem Jonas'schen Grundstück nach ihrem Verbleib. Als man den verschlossenen Arbeitsraum mit Gewalt öffnete, fand man Glaesfel in dem Raum ermordet auf; von dem Untersuchungsgefangenen Jonas dagegen fehlte jede Spur. Wie inzwischen festgestellt werden konnte, ist gegen 13 Uhr nachmittags ein Hamburger Automobil von dem Grundstück danongefahren. Man vermutet daher, daß Jonas von Helfershelfern abgeholt und in dem Auto geflüchtet ist.

Eine schwierige Ermittlung

Gestern mittag kam es bei der Ermittlung eines Mordes des am Brandenburger Platz gelegenen Berliner Ledigenheims zu schweren Ausschreitungen. Da die Ermittlung wiederholt vergeblich versucht worden war, wollte ein Gerichtsvollzieher diese mit Hilfe der Polizei durchführen. Dem antwortenden Beamten wurde jedoch eine Menge von etwa 200 Personen entgegen, die von den Insassen des Ledigenheims unterstutzt wurden. Der Richter hatte sich in seinem Zimmer verbarrikadiert und drohte, aus dem Fenster zu springen, falls man mit Gewalt bei ihm eindringen wollte. Polizeibeamte und Feuerwehrlente bemühten sich um eine mechanische Leiter, durch die das Fenster des Zimmers, das die Widerstandigen mit Schutzwand am Handgelenk voranden. Insassen hatten sich die Demonstranten auf etwa 500 Personen erhöht, so daß die Polizei mit dem Gummiknüppel vorging. Dabei wurde ein Polizeioffizier zu Boden geschlagen und am Kopf verletzt. Sechs Personen wurden festgenommen.

Juwelraub

In einem Hause der Kanonierstraße im Zentrum Berlins überfielen am Montag vormittag zwei junge Burischen mit vorgetriebenem Revolver die Angestellte eines Juweliers, schlugen sie nieder und raubten ihr Juwelen im Wert von etwa 15 000 Mark. Die Angestellte, eine Verkäuferin namens Gröfzer, hatte die Juwelen aus Grund täglicher Gepflogenheit aus der Wohnung ihres Chefs in einem unauffälligen Einholkorb abgeholt, um sie ins Geschäft zu bringen. Die Täter, von denen der eine eine schwarze Gesichtsmaske trug, entkamen in der Taxe IA 3745, deren Chauffeur mit dem Verbrechen jedoch nichts zu tun haben will.

Der Chauffeur der Autodroste, mit der die Juwelentäuber aus der Kanonierstraße entkamen, hat sich auf dem Polizeipräsidium gestellt. Der Wagen gehört dem Fahr-Unternehmer Pieske aus Wilmersdorf. Der Chauffeur gibt an, er habe Sonntag abend einen Herrn gefahren, der sich anerkennend über die schnelle Fahrt äußerte. Der Fahrgast forderte den Chauffeur auf, Montag früh um 8 1/2 Uhr an der Ecke der Kanonier- und Jägerstraße zu sein, weil er ihn für eine Fahrt nach außerhalb brauche. Der Chauffeur fand sich pünktlich ein und machte in Erwartung seines Fahrgastes die Tür schon auf. Mithin seien zwei junge Burischen in seinen Wagen gesprungen, hätten das Fenster beiseite geschoben und ihm einen Revolver ins Gesicht gehalten, mit der Aufforderung, sofort loszufahren. Er habe nicht gewagt, Widerstand zu leisten, sondern sei abgefahren. Die Fahrt ging bis nach Marzahn. Dort ließen die Burischen die, wie der Chauffeur behauptet, einen Korb bei sich hatten, halten, wählten wieder mit den Waffen und hielten den Fahrer, ohne bezahlt zu haben, umleeren. Die Burischen ließen querfeldein und entkamen. Ob seine Angaben in allen Einzelheiten der Wahrheit entsprechen, wird noch nachgeprüft.

Flugzeugkatastrophe

2 Tote

In Gander bei Berlin stürzte am Montag mittags kurz vor 12 Uhr das zweimotorige Heinkel-Flugzeug D 1652 in einer Kurve aus geringer Höhe ab, zerfiel in zwei Teile und verbrannte. Die beiden Insassen, Pilot von Kameke und Beobachter Maschinsky, hatten sich nicht rechtzeitig von ihren Gütern losgemacht und kamen in der Flamme um. Nachforschungen dürfte die Ursache der Katastrophe sein.

Ein Großbetrüger

Die Staatsanwaltschaft Hamburg-Vand ist einem großen Betrag auf die Spur gekommen. Im Mittelpunkt der Affäre steht der in der Lohse wohnende Rechtsanwalt und Notar Dr. Müller. Müller hatte das Gerücht verbreitet, daß er mit der Gründung einer Finanz-Aggar-Mitteleuropäer Bank beauftragt sei, die mit Hilfe französischer Gelder der hannoverschen Landwirtschaft helfen sollte. Auf Grund dieses Projektes fand der Notar Georg Damm, die dem Ganzer und seinem Freunde, einem gewissen Franz, etwa 100 000 Mark zur Verfügung stellen. Als die Hintergründe, keine Später aus Norddeutschland und aus der Schweiz, gemerkt hatten, daß sie geprellt worden waren, ermittelten sie Strafverfolgung. Die Ermittlungen wurden in einem Schweizer Sakularium erledigt. Ihre Auslieferung nach Deutschland dürfte nicht in Frage kommen.

Der Entdecker des Unbewußten

Zum 75. Geburtstag Sigmund Freuds am 6. Mai

In aller Stille, leidend und zurückgezogen von der Welt, die ihn mit übergroßer Liebe nicht vernachlässigt hat, feiert am 6. Mai einer der ganz Großen in der Wissenschaft seinen 75. Geburtstag: Sigmund Freud, der Schöpfer der Psychoanalyse. Viel geschmäht, selten verteidigt und noch seltener verstanden, ist dieser Mann seinen Weg gegangen, ohne sich von der Mißgunst seiner Fachgenossen und der Desinteresse der Abenteurer oder gar des Einflusses zu lassen. Unbeirrbar ist er nur seinem einen Ziele gefolgt, das er schon früh in seiner vollen Bedeutung erkannte: in der menschlichen Seele das Unbewußte und seine Gesetze zu erforschen. Die erste große Ehrung erfuhr er erst im vorigen Jahre: die Stadt Frankfurt verlieh ihm den Goethepreis.

Sigmund Freud, der am 6. Mai 1856 in Freiberg in Mähren geboren wurde, wandte sich nach Abschluß seines medizinischen Studiums der Nervenheilkunde zu und habilitierte sich 1885 an der Universität Wien auf Grund seiner Arbeiten über



Hirn-Sprachstörungen und Kinderlähmung. 1902 wurde er zum Außerordentlichen Professor der Nervenheilkunde in Wien ernannt. Obwohl er anfangs gerade von den anatomischen Erfindungen der Nervenkrankheiten ausgegangen war, schenkte sehr bald das Gebiet der Seelenheilkunde (Psychotherapie) sein Interesse, und so ging Freud nach Frankreich, um dort die modernen Forschungen eingehend zu studieren, die Charcot in Paris über die Hysterie und Bernheim in Nancy mit der Suggestionstherapie anstellten. 1895 erschien dann in Zusammenarbeit mit dem Wiener Arzt Breuer Freuds erste Schrift „Studien über Hysterie“, in der er eine seelische Heilmethode beschrieb, die zunächst noch mit Hilfe der Hypnose angewendet wurde, und die die Verfasser „psychopathologische Behandlung“ nannten. Später trennten sich Breuer und Freud; Freud verzichtete auf die als überflüssig erkannte Hypnose und nannte seine Behandlungsmethode nach einigen weiteren Veränderungen dann „Psychoanalyse“. Nach dieser Heilmethode wird mit Hilfe

der freien Einfälle des Patienten und vor allem der Bedeutung der Träume, deren Wesen und Sinn Freud erforscht hat, das Unbewußte der seelisch Kranken gründlich nach allen Seiten hin untersucht und in weicher Sprache mit dem Arzt bemußt gemacht. Die so aus der drängung befreiten Vorstellungen- und Triebwerke (Komplexe) werden auf diese Weise unwirksam gemacht, können nun den Patienten nicht mehr als Krankheitserregung belästigen. Ueber seine Forschungen, die sich auch auf die benannten Gebiete außerhalb der Medizin erstreckt haben, hat inzwischen zahlreiche kleinere und größere Bücher veröffentlicht. Einige dieser in elf starken Bänden seiner „Gesamten Schriften“ zusammengefaßt sind.

Freuds Verdienste um die medizinische Wissenschaft heute bereits von der Mehrzahl der Forscher anerkannt, wiewohl meist noch nicht ohne Widerstreben gewürdigt. Seine Um die Psychologie überhaupt und insbesondere um die Anwendungen in der Seelsorge, der Rechtspflege, der Pädagogik und vor allem der Pädagogik können in ihrer Tragweite heute noch kaum vorausgesehen werden.

Für die Medizin war es ein Segen, daß, nachdem lange die rein naturwissenschaftliche Betrachtungsweise Menschen fast nur noch als eine komplizierte chemische Maschine angesehen hatte, endlich wieder psychologisches Denken in die ärztliche Praxis eingeführt wurde. Nicht mehr das krankhafte „Nerven“, wurden hier behandelt, sondern der ganze Mensch mit seinen Trieben, Ängsten, Sehnsüchten, Gewohnheiten und Idealen.

Mit seinen Trieben... Daß die Triebe, allen voran der Liebestrieb, im menschlichen Leben nicht die lächerliche geordnete Rolle spielen, wie es eine von den verhängnisvollen Dogmen stark beeinflusste Kulturtheorie gern wahr haben, wem anders verdanken wir diese Erkenntnis als Sigmund Freud? Wohl hatte Nietzsche in seiner Philosophie Ähnlichkeit geahnt und auch ausgesprochen, aber zur wissenschaftlichen Höhe erhoben wurde diese Ahnung des großen Sehers erst durch die unermüdbare erfahrungswissenschaftliche Forscherarbeit Sigmund Freuds. Freud hat nachgewiesen, daß das Unbewußte der Kinder und der seelisch Kranken (man nennt sie „Neurotiker“) nach den Gesetzmäßigkeiten abläuft wie das Seelenleben der primitiven Menschen, deren Sitten und Gebräuche eine ganz andere und viel unmittelbare Bedeutung auf unsere eigene Kultur bekommen haben.

Die Erforschung des Unbewußten hat uns aber vor allem die große Bedeutung der Familie und ein ordneten Erziehung erkennen lassen. Wir wissen nun, daß das soziale Gewissen und die ganze Erziehung des Menschen in die Kulturarbeit in einem allmählich voranschreitenden Mechanismus komplizierter Wechselbeziehungen zwischen Kind und Umwelt sich herabbildet, wo das geistige Erbe in der Jugendzeit, jeder Fehler der Erziehung unweigerlich seine Spuren im Leben des Erwachsenen zurücklassen muß. So wird für die ungewohnte Wichtigkeit und soziale Bedeutung aller Erziehungsaufgaben und gerade vom Standpunkt der sozialen Erziehung aus ganz klar ersichtlich und vielleicht werden wir es noch einmal das Nichtigste Worte recht erhalten: „Es wird eine Zeit kommen, die keinen anderen Gedanken kennen wird, als die Erziehung, wenn diese Zeit kommt, so ist sicherlich Freud als einer der tapfersten Wegbereiter zu feiern.“

Heberfall auf eine Polizeistreife in Berlin

Im Berliner Stadtteil Reinickendorf-Ost wurde am 1. Mai früh gegen 3 Uhr eine Polizeistreife von etwa 5 bis 6 bisher noch unbekannten Tätern beschossen. Hierbei wurde ein Polizeioberwachmeister durch einen Schuß in die linke Brust schwer verletzt und mußte dem Polizeikrankenhaus übergeben werden. Als mutmaßliche Täter konnten bisher vier Personen festgenommen werden.

Zwei Leichen aus der Havel gezogen

Ein Fischermeister entdeckte an der Stadthöhe in Werder (Havel) am Freitag abend gegen 17 Uhr eine männliche Leiche. Die Feststellungen ergaben, daß die Leiche, die ungefähr 4 Jahre im Wasser gelegen haben mußte, an der Stirn über der Nasenwurzel eine Schußwunde aufwies. Die linke Hand des Toten hielt noch eine Geldtasche fest, in der sich ein zerkrümeltes Papier mit drei Patronen befand. Die Staatsanwaltschaft Potsdam und die Landesstrafpolizei wurden benachrichtigt, da möglicherweise ein Verbrechen vorliegt. Ebenfalls um die gleiche Zeit wurde aus der Havel bei Deck eine zweite männliche Leiche gefischt. Sie wurde als die des Studenten Wolfgang Führer aus Berlin erkannt.

Opfer der Arbeit

Im Wilhelmshavener Zinnwerk kamen drei Arbeiter durch Einatmen von Aluminiumdämpfen ums Leben. Die Dämpfe enthielten Arsenwasserstoff, eins der gefährlichsten Gifte der Chemie. Weitere fünf Arbeiter schweben in Lebensgefahr.

Auffreherregende Rede Hoovers



Bei Eröffnung der Internationalen Handelskammer-Tagung in Washington hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, eine heftige Rede über die Notwendigkeit der Abklärung gehalten.

Diebstahl en gros

Nicht weniger als 486 Einbrüche werden einer Bande Eisenbahndieben zur Last gelegt, die nach längeren Verweilen endlich von der Polizei in Posen dingfest gemacht konnten. Verhaftet wurden zehn Personen und Fehler. Die Bande besaß ein eigenes Auto, mit dem die Diebstähle in großem Maßstab durchgeführt wurden. Die gewaltige Menge von Waren, die fast durchweg aus Eisenbahndiebstählen herrührt, wurde aufgefunden und beschlagnahmt.

Do X in Bolama gelandet

Das Flugzeug Do X startete am Sonntag vormittag nach 9 Uhr in Villa Cisneros (Rio de Oro) und flog über Blanco-Dafar nach Bolama (Portugiesisch-Guinea), wo es landete. Diese Etappe von etwa 1500 Kilometer stellt die längste ununterbrochene Flugstrecke dar, die von der Do X durchflogen wurde. Von Bolama aus sind einige größere Probeflüge unternommen, um die Flugstrecke auch in tropischen Verhältnissen eingehend zu erforschen.

Landung Ahrenbergs auf Grönland

Der Fliegerhauptmann Ahrenberg ist nach in Walm gegangenen Meldungen um 17,25 Uhr in Angnagsfik auf Grönland glücklich gelandet.

Ein Oberlandesgerichtspräsident vermisst

Seit Freitag, den 1. Mai, wird der 53 Jahre alte Landesgerichtspräsident i. R. Bruno Krüger vermisst. Berlin-Steglitz wohnte. Der Präsident amtierte früher am Landesgericht in Königsberg i. Pr., wurde aber im vergangenen Jahr in den Ruhestand versetzt und zog nach Berlin-Steglitz. Freitag abend hat er noch einem Vortrag im Westen der Stadt beigewohnt und Bekannte haben ihn gegen 12 Uhr nach dem Kurfürstendamm, wie er allem Anschein nach noch ging. Seit dieser Zeit ist er spurlos verschwunden. In der letzten Zeit machten sich bei ihm seelische Depressionen bemerkbar, und es ist möglich, daß er infolge dessen planlos umhergelaufen ist. Man muß auch mit der Möglichkeit rechnen, daß er Leibesangehen hat.

Ein weiteres Opfer des Bodenseesunglücks geborgen

Trotz vorigen Abflutens des Bodensees durch Zoll- und Polizeiboote konnte gestern nur eine weitere Leiche geborgen werden.

Erderschütterungen in England

In Ostlichen Lancashire wurde gestern früh eine Erderschütterung verspürt. In Didsbury wurde sie am stärksten empfunden. Mehrere Schornsteine in dieser Gegend stürzten ein. In Pendleton erlitten die von Panik verursachte Bevölkerung auf die Straße. Die Erderschütterung war so heftig, daß viele Leute zu Boden stürzten. Nach bisherigen Meldungen sind Personen nirgendwo zu Schaden gekommen. Im Bezirk Eccles wurde die Feuerwehr alarmiert, wo sie Teile von Gebäuden geborgen und niederreißen mußte.